



Co-funded by
the European Union



BRATISLAVA



GRENZÜBERSCHREITENDE INTEGRATION DER FUNKTIONALEN METROPOLREGION VON BRATISLAVA

Finaler Entwurf

CESCI

August – September 2025

Disclaimer! Funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union, of the Association of European Border Regions (AEBR) or of the Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT).

Inhaltsverzeichnis

Kontext.....	3
Ressourcen für die Studie	3
Ergebnisse der während der Durchführung des Projekts organisierten Workshops	3
Die Sitzung der Lenkungsgruppe	5
Online-Umfrage	6
Sekundärforschung.....	6
Frühere Untersuchungen.....	6
Kurze Vorstellung des grenzüberschreitenden Ballungsraums von Bratislava	7
Herausforderungen	12
Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der räumlichen Diagnose und Planung	13
Erstellung von Daten.....	14
Integrierte grenzüberschreitende räumliche Perspektive für den Ballungsraum ...	17
Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen	20
Verkehr.....	20
Öffentliche Dienstleistungen.....	22
Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration der neuen Einwohner.....	25
Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Dreiländerecks	28
Aktueller Stand.....	28
Grundsätze	31
Aktionsplan	42
Interventionslogik	42
Maßnahmen.....	43
Zeitplan und Synergien der Maßnahmen.....	62
Literatur.....	65

Kontext

Das vorliegende Dokument ist das Ergebnis eines Projekts zum Thema „Resilient Borders“, das von der Europäischen Kommission kofinanziert und von der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) und der Mission Opérationnelle Transfrontalière (MOT) durchgeführt wurde. Das Projekt mit dem Titel „Grenzüberschreitende Integration des funktionalen Ballungsraums Bratislava“ wurde von der Stadt Bratislava (SK) und dem Komitat Győr-Moson-Sopron (HU) durchgeführt und dauerte von Februar bis September 2025. Ziel des Projekts war es, eine gemeinsame Verwaltungsstruktur für die grenzüberschreitende suburbane Region der slowakischen Hauptstadt und ihrer ungarischen Umgebung auszuarbeiten und diesen neuen Verwaltungsrahmen in die bestehende slowakisch-österreichische Initiative „baum_cityregion“ zu integrieren.

Um mögliche Lösungen bei der Verwaltung und gemeinsame Entwicklungsbereiche für das Dreiländereck zu identifizieren, beauftragte der federführende Partner den in Budapest ansässigen Central European Service for Cross-Border Initiatives (CESCI), der den Aktionsplan bis Ende August 2025 vorlegte.

Ressourcen für die Studie

Um den Plan besser auf den aktuellen Stand und die Perspektiven der Grenzregion abzustimmen, wurden die folgenden Ressourcen genutzt.

Ergebnisse der während der Durchführung des Projekts organisierten Workshops

Die Projektpartner organisierten zwischen März und Mai 2025 vier Workshops. Beim ersten Workshop, der am 5. März in Bratislava stattfand und an dem Vertreter von sechs benachbarten ungarischen Gemeinden teilnahmen, stellte Pavla Štefkovičová, Expertin des baum_cityregion-Büros, die Genealogie, die Struktur und die Errungenschaften des slowakisch-österreichischen Modells vor. Die ungarischen Teilnehmer waren darin im völligen Einverständnis, dass eine ähnliche Struktur auch im slowakisch-ungarischen Kontext notwendig ist.

Die Partner organisierten den zweiten Workshop am 25. März in Rajka, an dem die Verantwortlichen von fünf ungarischen und fünf österreichischen Gemeinden

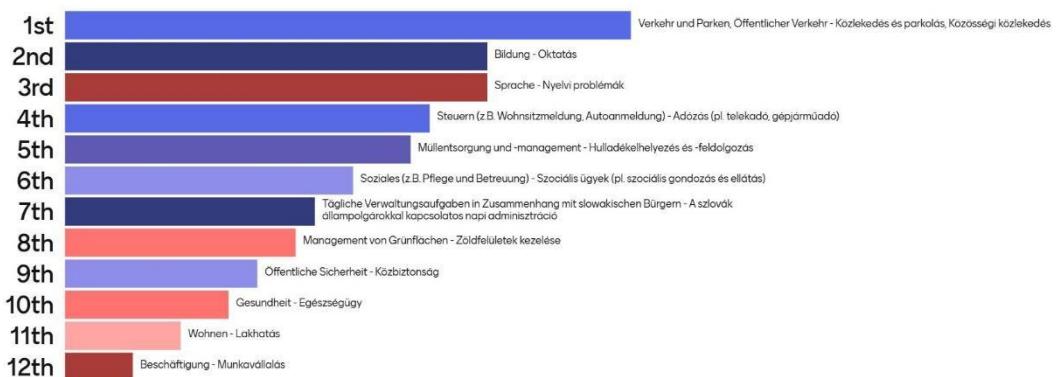
teilnahmen, die von grenzüberschreitender Wohnmobilität betroffen sind, und diskutierten die Herausforderungen, die diese Lage für sie mit sich bringt. Mithilfe eines Online-Tools identifizierten die Teilnehmer die zwölf häufigsten Herausforderungen, von denen die ersten drei ausführlich diskutiert wurden.

Abbildung 1: Die häufigsten Herausforderungen, die von den örtlichen Bürgermeistern in Rajka identifiziert wurden¹

Join at menti.com | use code 6137 8370

Mentimeter

Klassifizierung von Herausforderungen / Kihívások osztályozása



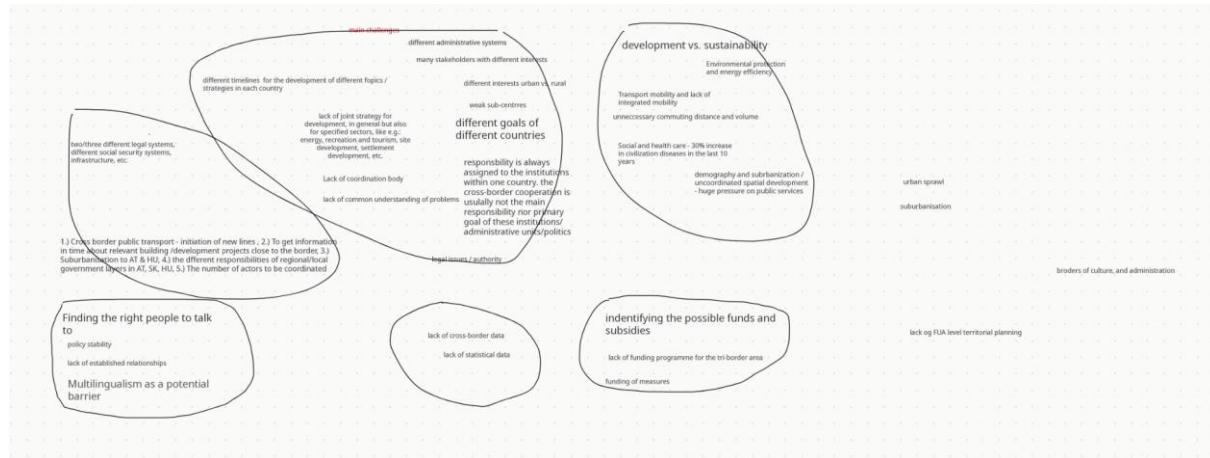
Das Treffen war jedoch so fruchtbar, dass der Bürgermeister von Kittsee die Teilnehmer zu einem weiteren Workshop einlud, der bereits über den Rahmen des Projekts „Resilient Borders“ hinausging. Dieses Treffen fand am 24. Juni in Kittsee statt, wo auch die übrigen Themen diskutiert wurden. Der Erfolg des Treffens lässt sich durch die nächste Einladung des Bürgermeisters von Dunakiliti nach Kittsee ermessen, wo die Partner ihren Austausch fortsetzen könnten.

Beim dritten Workshop kamen die Partner mit 15 lokalen und regionalen Raumplanern, Regional- und Strategieplanern sowie Forschern (jeweils fünf aus jedem Land)

¹ Die aufgeführten Herausforderungen sind: (1) Verkehr und Parken, öffentlicher Nahverkehr; (2) Bildung; (3) Sprachprobleme; (4) Besteuerung (z. B. Grundsteuer, Kfz-Steuer); (5) Abfallsammlung und -entsorgung; (6) Soziales (z. B. Sozialfürsorge); (7) Alltägliche Verwaltung der slowakischen Einwohner; (8) Verwaltung von Grünflächen; (9) Öffentliche Sicherheit; (10) Gesundheit; (11) Wohnen; (12) Beschäftigung.

zusammen, um die größten Herausforderungen der grenzüberschreitenden Metropolregion zu diskutieren. Das Treffen sollte ursprünglich persönlich stattfinden, aber aufgrund der Maul- und Klauenseuche in Ungarn war die grenzüberschreitende Mobilität stark eingeschränkt. Daher fand das Treffen am 11. April online statt. Die Planer listeten die wichtigsten Herausforderungen auf, diskutierten sie, ermittelten die Interessen, die die Entwicklungsrichtungen bestimmen, und überprüften systematisch die dringendsten Entwicklungsthemen rund um Bratislava.

Abbildung 2 – Illustration – Von den lokalen und regionalen Planern identifizierte große Herausforderungen in Bezug auf die grenzüberschreitende Entwicklung



Der vierte Workshop (am 21. April in Győr) diente der Besprechung der Ergebnisse der vorangegangenen Workshops. Der Vertreter von CESCI fasste die wichtigsten Erkenntnisse und die möglichen Formen eines gemeinsamen Governance-Modells zusammen. Die Partner diskutierten die Ergebnisse und gaben Empfehlungen zum Inhalt des Aktionsplans ab.

Die Sitzung der Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe der Initiative baum_cityregion, ergänzt durch Vertreter des Komitats Győr-Moson-Sopron, hielt am 9. September 2025 in Bratislava ihre Sitzung ab, um die Schlussfolgerungen des ersten Aktionsplanentwurfs zu erörtern. Die Teilnehmer erhielten vom CESCI-Experten einen Überblick über den Aktionsplan, gefolgt von einer offenen Diskussion mit besonderem Schwerpunkt auf der Governance-Lösung. Die Partner hoben die historischen und geografischen Wechselbeziehungen hervor, die die Bereitschaft und Notwendigkeit zur Zusammenarbeit bestimmen. Unter den Teilnehmern herrschte Einigkeit darüber, dass der Institutionalisierungsprozess nach einem

schrittweisen Modell realisiert werden sollte, wobei die kürzlich gegründete Arbeitsgemeinschaft schrittweise erweitert werden sollte.

Online-Umfrage

Nach dem zweiten Workshop hat CESCI einen einfachen Online-Fragebogen erstellt, in dem die ungarischen Gemeinden die größten Herausforderungen nennen konnten, denen sie aufgrund des Suburbanisierungsprozesses von Bratislava gegenüberstanden. Die Umfrage lief vom 26. März bis zum 25. April, und es gingen 6 Antworten aus 5 ungarischen Gemeinden ein.

Sekundärforschung

Das CESCI-Team untersuchte 19 wissenschaftliche Artikel, die sich mit verschiedenen Aspekten des Suburbanisierungsphänomens in Bratislava befassen. Daneben untersuchte CESCI die Strategie Bratislava 2030, die Strategie Bratislava 2050 (mit einer Analyse der demografischen Prognosen für die Stadt und ihre Umgebung) und den Territorialen Verkehrsmasterplan von 2015 sowie den Abschlussbericht des ESPON-Projekts METRO BORDER, in dem auch die Region der Twin City Wien-Bratislava behandelt wurde.

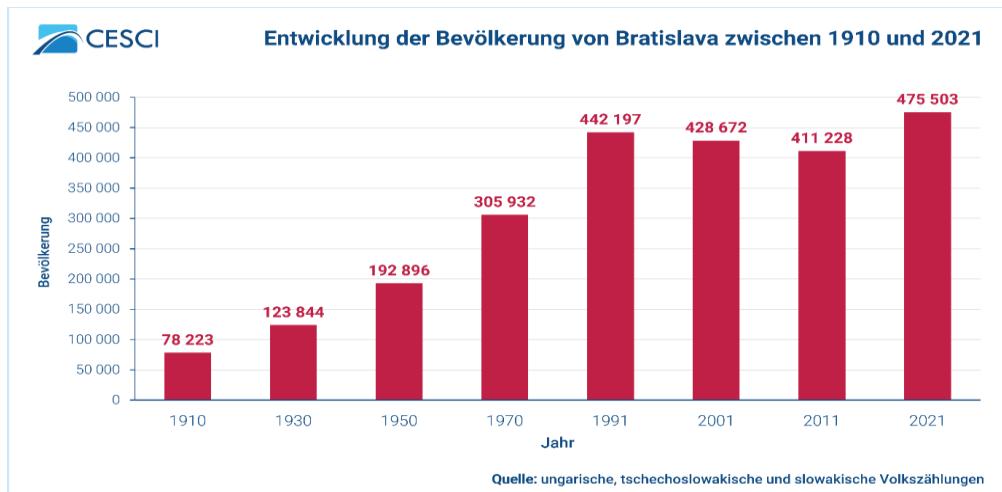
Frühere Untersuchungen

In den Jahren 2024 und 2025 organisierte der CESCI im Rahmen des #ACCESS-Projekts sogenannte Referenzgruppentreffen entlang der slowakisch-ungarischen Grenze, an denen die Akteure des grenzüberschreitenden städtischen Wirkungsbereichs teilnahmen. Zwei Workshops für Interessengruppen fanden im suburbanen Gebiet von Bratislava statt, welchen eine räumliche Analyse auf Grundlage statistischer Daten und einer Literaturanalyse vorausging. Das Analysedokument diente als Grundlage für die Diskussionen während der Workshops. Der zweite Workshop, der im Oktober 2024 stattfand, brachte die Projektidee „Resilient Borders“ hervor. Die Analyse und die Ergebnisse der Workshops wurden auch bei der Erstellung des vorliegenden Aktionsplans verwendet.

Kurze Vorstellung des grenzüberschreitenden Ballungsraums von Bratislava

Bratislava ist die Hauptstadt der Slowakei und liegt am westlichen Rand des Landes, direkt an der Grenze zu Österreich und Ungarn. Historisch gesehen spielte die Stadt bereits während der Osmanischen Kriege eine wichtige Rolle: 1536 wurde sie zum Verwaltungszentrum (Rat des königlichen Statthalters) des ungarischen Königreichs unter Habsburger Herrschaft, sie war Krönungsort und Sitz des Parlaments. Dank ihrer administrativen Bedeutung und ihrer Lage an der Donau an einem wirtschaftlich wichtigen Standort war sie zur Zeit des Ersten Weltkriegs mit mehr als 78.000 Einwohnern die sechstgrößte Stadt des ehemaligen Ungarns. Die Stadt gehörte zum Hinterland von Wien, das zu dieser Zeit die viertgrößte Stadt der Welt war (Šveda – Štefkovičová – Tolmáči 2020). Im Jahr 1919 wurde sie zur Hauptstadt der Slowakei innerhalb der Tschechoslowakischen Republik. Während der kommunistischen Ära wuchs die Stadt als eines der wichtigsten Industrie- und Verwaltungszentren der Tschechoslowakei bemerkenswert: Im Vergleich zu 1950 hatte sich die Einwohnerzahl bis 1980 auf 380.000 verdoppelt, und dieses Wachstum setzte sich in den 1980er Jahren fort, insbesondere durch Binnenmigration (Mariš 2020). Seit dem 1. Jänner 1993 ist sie die Hauptstadt der unabhängigen Slowakei. Zu diesem Zeitpunkt erreichte die Urbanisierungsphase mit mehr als 450.000 Einwohnern ihren Höhepunkt².

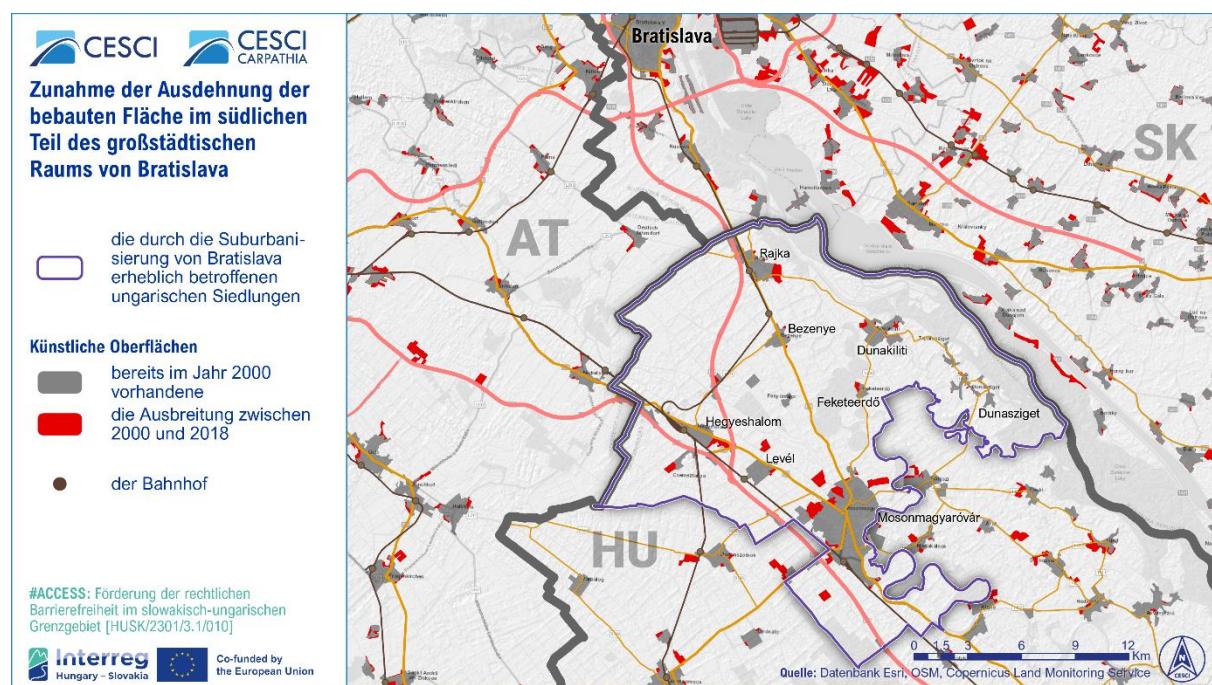
Abbildung 3 – Bevölkerungsentwicklung in Bratislava zwischen 1910 und 2022



² Im Jahr 1996 lebten 452.288 Menschen in Bratislava. Im folgenden Jahr begann die Bevölkerung leicht zu sinken (Slavík et al. 1996).

Nach der Jahrtausendwende verstärkten sich die Tendenzen der Suburbanisierung: Die Bevölkerung von Bratislava begann zu sinken, während sich besonders seit dem Ende der 1990er Jahre (Farkas – Klobučník 2021; Výbošťok – Štefkovičová 2023) das Hinterland der Stadt vergrößerte und es zu einer sogenannten urbanen Ausbreitung in die Umgebung kam (Slavík et al. 2011).

Abbildung 4 – Geografische Ausdehnung der bebauten Gebiete im Süden bis Bratislava zwischen 2000 und 2018



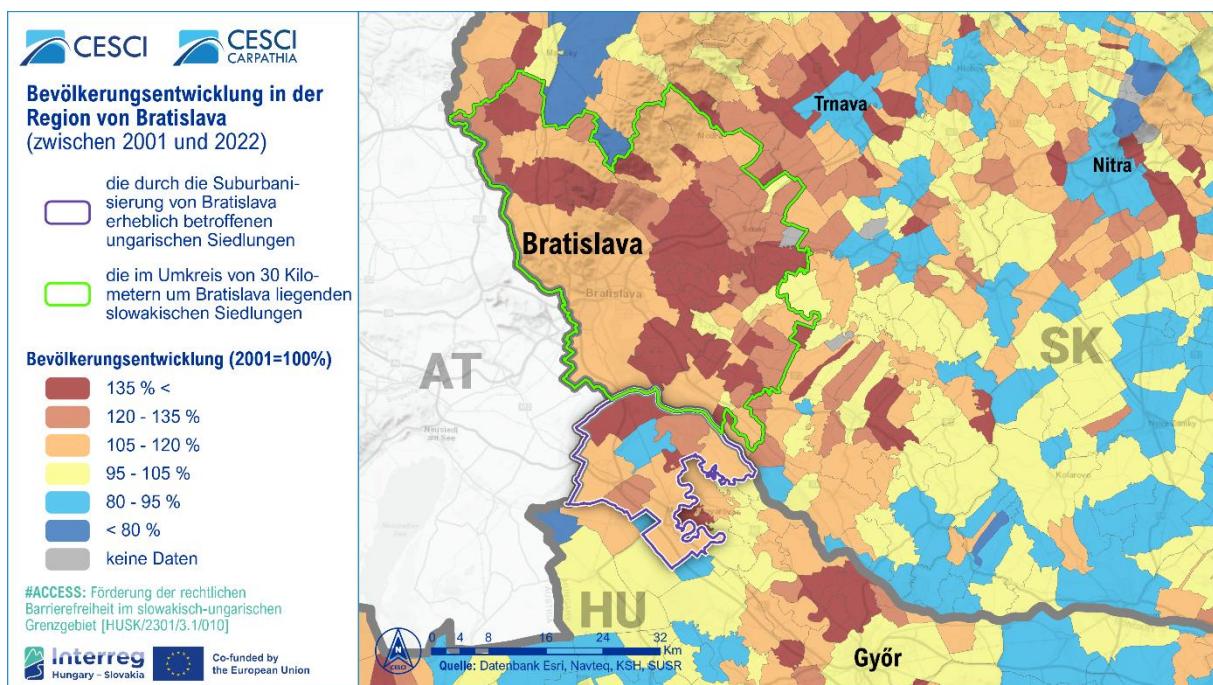
Quelle: CESCI 2024

In den letzten Jahren lassen sich erste Anzeichen einer Reurbanisierung feststellen, teils aufgrund massiver Immobilienbauprojekte in Bratislava, teils als Folge der zunehmenden Bevölkerungsdichte in ehemals weniger urbanisierten Stadtteilen wie Rusovce, Jarovce, Čunovo usw. (Slavík et al. 2011). Infolgedessen übersteigt die Zahl der Zuwanderer heute wieder die Zahl der Abwanderer, mit Ausnahme der Jahre der COVID-19-Pandemie. Nach dem wahrscheinlichsten Szenario wird Bratislava, das sich durch eine hohe Geburtenrate auszeichnet (in einigen Stadtteilen liegt sie über 2), im Jahr 2050 519.000 Einwohner haben (MIB 2022).

Bratislava ist einer der dynamischsten Wachstums- und Innovationspole des ehemaligen kommunistischen Blocks mit bemerkenswerten Indizes:

- Die Selbstverwaltungsregion Bratislava, einschließlich der Hauptstadt, erwirtschaftet 28,4 % des gesamten BIP der Slowakei.
- Das Pro-Kopf-BIP der Region liegt um mehr als 30 % über dem EU-Durchschnitt.
- Der Anteil der Einwohner mit einem Hochschulabschluss (47 %) ist deutlich höher als in Wien (35,6 %) und als der EU-Durchschnitt (34,7 %).
- Die Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation (mehr als 627.000 EUR pro Kopf) liegen fast viermal so hoch wie der slowakische Durchschnitt.
- Das Einkommensniveau der Familien liegt nahe am EU-Durchschnitt (95,3 %), was im Vergleich zum gleichen Indikator zur Jahrtausendwende (damals 32,7 %) noch bemerkenswerter ist.

Abbildung 5 – Bevölkerungsentwicklung in Bratislava und Umgebung zwischen 2001 und 2022

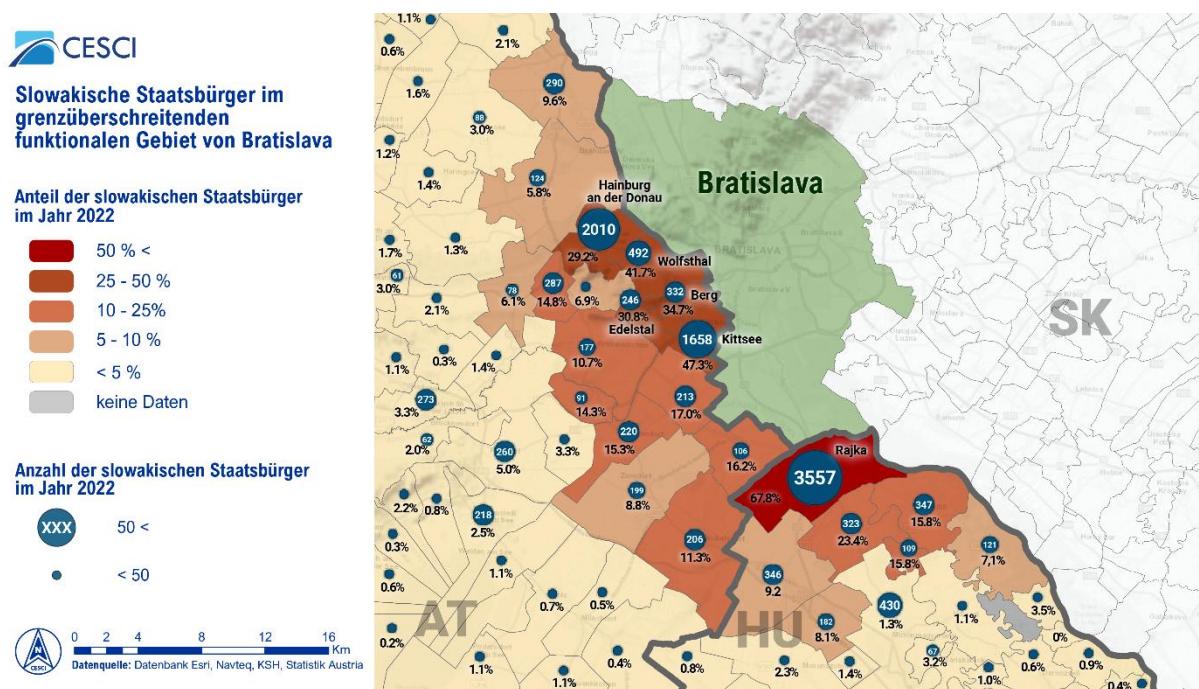


Quelle: CESCI 2024

Entsprechend der herausragenden wirtschaftlichen Leistung und der administrativen Rolle innerhalb des Landes üben Bratislava und seine Umgebung eine enorme Anziehungskraft auf das übrige Staatsgebiet aus. Die Einwohnerzahl des Hinterlands (30 km vom Stadtzentrum entfernt) ist zwischen 2001 und 2022 um mehr als 50 % gestiegen (in einigen Gemeinden hat sich die Bevölkerung sogar vervierfacht), und die suburbane Zone hat sich deutlich über die Staatsgrenzen hinaus bis nach Österreich und Ungarn ausgedehnt. Die Zahl der slowakischen Staatsbürger, die in den beiden Nachbarländern

rund um Bratislava leben, lag 2022 bei über 13.000, und dieser Trend hat sich fortgesetzt, obwohl sich die sehr attraktiven Immobilienpreise über die Grenze hinweg angeglichen haben (Výbošťok – Štefkovičová 2023).

Abbildung 6 – Slowakische Staatsangehörige, die in der österreichischen und ungarischen suburbanen Zone von Bratislava leben (2022)



Dank der niedrigeren Immobilienpreise³, der grünen, sicheren und freundlichen Umgebung, der kulturellen Ähnlichkeiten und der guten Straßenanbindung (von diesen Gemeinden aus gelangt man schneller ins Stadtzentrum als aus den slowakischen Vororten) kaufen immer mehr slowakische Staatsbürger ein Haus oder eine Wohnung jenseits der Grenze und pendeln täglich nach Bratislava (Slavík et al. 2011; Balízs – Bajmóczy 2018; Šveda – Štefkovičová – Tolmáči 2020; Farkas – Klobučník 2021; Kézai – Dömötör – Fekete 2022). Es ist erwähnenswert, dass das grenzüberschreitende Pendeln (Arbeitskräftemobilität) an der slowakisch-ungarischen Grenze seine Vorläufer in der kommunistischen Ära hat (Balízs – Bajmóczy 2018). Im Gegensatz dazu waren die Kontakte zwischen Wien und Bratislava und deren Umgebung aufgrund des Eisernen Vorhangs eher sporadisch und haben sich nach dem Systemwechsel langsam entwickelt (Dillinger 2004; ESPON 2010). Gleichzeitig überquerten im Jahr 2010, drei Jahre nach dem

³ Die Miete für eine Wohnung beträgt 46,2 % des Monatsgehalts eines Bürgers in Bratislava (MIB 2023, 50).

Beitritt der Slowakei zum Schengen-Raum, täglich 75.000 Pendler die österreichisch-slowakische Grenze (Patti 2016).

Vor der Öffnung der Grenzen war der räumliche Umfang der Entwicklung Bratislavas eher begrenzt und beschränkte sich auf die nordöstliche Richtung (Šveda – Štefkovičová – Tolmáči 2020). Heute kann man ein zweigeteiltes Phänomen der Immobilienentwicklung beobachten: Einerseits werden immer mehr innerstädtische Gebiete durch die Entstehung neuer Wohngebiete umstrukturiert und revitalisiert, andererseits ziehen immer mehr slowakische Bürger über die Verwaltungsgrenzen hinweg um, wo Immobilienunternehmen Sonderangebote für die neuen slowakischen Bewohner anbieten (Farkas – Klobučník 2021).

Die grenzüberschreitende Wohnmobilität bringt viele Herausforderungen mit sich, vom Verkehr bis zur Gesundheitsversorgung, von der Bildung bis zur Besteuerung, von Verwaltungsangelegenheiten bis zur Kommunikation usw. Diese Herausforderungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen: a) thematische Herausforderungen, die sich auf die Entwicklungsbedürfnisse der grenzüberschreitenden Metropolregion beziehen; b) Herausforderungen im Zusammenhang mit der Verwaltung, die sich auf die gemeinsame Verwaltung des gemeinsamen Raums konzentrieren. Das vorliegende Dokument gibt einen Überblick über diese beiden Aspekte, um sie in einen größeren Planungsprozess einzubeziehen.

Herausforderungen

Die grenzüberschreitende Metropolregion von Bratislava ist durch eine komplexe Zusammensetzung von Herausforderungen gekennzeichnet. Diese Herausforderungen werden unter zwei Überschriften zusammengefasst.

Herausforderungen aufgrund der Suburbanisierung – Diese Herausforderungen sind unabhängig von den Staatsgrenzen und treten in allen suburbanisierten Gebieten auf, z. B.: starker Verkehr, Veränderung des Stadtbildes und der Landschaft, Anstieg der Immobilienpreise, Auswirkungen auf die Umwelt, zunehmender Druck auf die Energienetze und Versorgungsunternehmen, mangelnde Integration von Neuankömmlingen usw. Die oben genannten Phänomene sind in allen suburbanen Gebieten verbreitet, in denen die städtische und ländliche Lebensweise, die Mentalität der ursprünglichen Einwohner und die der Neuankömmlinge aufeinanderprallen (Balizs – Bajmóczy 2018). Die urbane Ausbreitung verändert heute die Umwelt und das Raumverhalten von Millionen von Bürgern überall in der modernen Welt gleichermaßen.

Herausforderungen aufgrund von Grenzeffekten – Die zweite Art von Herausforderungen ergibt sich aus der Koexistenz zweier Verwaltungssysteme, Sprachen, Kulturen usw., wie beispielsweise der Sprachgebrauch, mangelndes oder begrenztes Interesse an lokalen Bildungseinrichtungen, Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr, unterschiedliche nationale Verwaltungs- und Rechtssysteme (z. B. im Gesundheits- und Sozialwesen), Spannungen bei der Abfallentsorgung usw. Diese Phänomene treten häufig in grenzüberschreitenden Kontaktzonen auf, besonders in der Umgebung von Ballungszentren. Die Situation von Bratislava ist aufgrund seiner Nähe zu zwei Ländern noch komplexer. Dies ist eine einzigartige Herausforderung, die nur wenige städtische Zentren in Europa kennzeichnet, z. B. Basel (CH/FR/DE), Luxemburg (LU/BE/FR/DE) und Maastricht (NL/BE/DE). In diesen Beispielen sind die geografisch-physischen und funktionalen Verbindungen sowie die wirtschaftlichen und sozialen Interdependenzen unabhängig von den Grenzen gleich, aber ihre Bewältigung wirft manchmal ernsthafte Probleme auf, da grenzüberschreitende Herausforderungen auch strukturelle Hindernisse mit sich bringen. Während innerhalb eines Landes die Auswirkungen der urbanen Ausbreitung im Rahmen der nationalen Gesetzgebung und mithilfe bestehender Verwaltungsmechanismen behandelt werden können, besteht in einem grenzüberschreitenden Kontext die Notwendigkeit einer rechtlichen Harmonisierung und der Entwicklung grenzüberschreitender Verwaltungsstrukturen, die über nationale Zuständigkeiten hinausgehen. Diese Hindernisse behindern grenzüberschreitende integrierte Raumplanungsaktivitäten und die integrierte Verwaltung der Agglomeration. Während der Workshops des Projekts

„Resilient Borders“ wurde deutlich, dass die Verwaltungsprobleme vielfältig sind: Den lokalen und regionalen Gemeinden fehlen die entsprechenden Kompetenzen, um die auf lokaler Ebene auftretenden Probleme zu lösen (es besteht die Notwendigkeit, *die nationalen Behörden einzubeziehen*); Es gibt Fluktuationen beim Personal der nationalen Behörden, was eine wirksame Interessenvertretung behindert (es bedarf einer *von den nationalen Behörden anerkannten permanenten Struktur oder Institution*). Der grenzüberschreitende Funktionsraum wird nicht thematisiert (es bedarf einer Struktur, die *das Grenzgebiet sichtbar macht*). Es fehlt die Kommunikation zwischen den Gemeinden, den Behörden und (besonders) den Bürgern (es bedarf *partizipativer Lösungen und Gremien*). Viele Probleme reichen über die Grenzen von drei Staaten hinaus, nicht nur von zwei. Die steigende Zahl grenzüberschreitender Einwohner würde die Entwicklung *grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen* erfordern. Die *Politiker* müssen von der Bedeutung der oben genannten Herausforderungen überzeugt werden. Die gemeinsame Planung wird durch den Mangel an (grenzüberschreitenden) Daten, die unterschiedlichen Planungskulturen und Nomenklaturen der drei Länder sowie die Unterschiede zwischen den Zuständigkeiten (Österreich ist ein Bundesstaat, Ungarn und die Slowakei sind Einheitsstaaten mit einem ähnlichen Grad an Zentralisierung/Dezentralisierung) behindert. Folglich sind die Auswirkungen der Suburbanisierung, die in den modernen westlichen Staaten überall zu beobachten sind, in diesem Dreiländereck viel schwieriger zu bewältigen. Darüber hinaus muss der Planer bei der Konzeption von Maßnahmen zum Ausgleich der Defizite aufgrund der sensiblen kulturellen und historischen Gegebenheiten, die diesen Teil Europas prägen, mit besonderer Sorgfalt an die Herausforderungen herangehen.

Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der räumlichen Diagnose und Planung

Um eine harmonische, räumlich und ökologisch nachhaltige Entwicklung der grenzüberschreitenden Metropolregion zu gewährleisten, müssen die Pläne der verschiedenen Akteure innerhalb der Region diskutiert und aufeinander abgestimmt werden. Eine integrierte grenzüberschreitende Planung setzt den Zugang zu geographischen und statistischen Daten sowie die Existenz einer Plattform voraus, die den Austausch und die gemeinsame Planung ermöglicht.

Erstellung von Daten

Die größte Herausforderung des gesamten Projekts ist die Unzuverlässigkeit und Knappeit der Daten.

Historisch gesehen tauchten die ersten slowakischen Bürger Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre in Rajka und Umgebung auf. Die Neuankömmlinge gehörten der in der Slowakei lebenden ungarischen Minderheit an. Ihre Migration wurde durch ihre familiären Beziehungen, die Nähe zu Bratislava und die gemeinsame Sprache und Kultur begünstigt. Die nächste Welle von „Migranten“ begann nach dem Beitritt der Slowakei und Ungarns zur EU im Jahr 2004 und besonders nach dem Beitritt der beiden Länder zum Schengen-Raum im Jahr 2007. In dieser Zeit tauchten die ersten slowakischen Einwohner in Wolfsthal, Kittsee und Hainburg (Österreich) auf. Im Jahr 2005 war ihr Anteil an der lokalen Bevölkerung nicht mehr als 5 %. Im Jahr 2010 lagen die gleichen Daten in vier Gemeinden über 5 %. Im Jahr 2015 waren in Kittsee 50 % der Einwohner Slowaken, und im Jahr 2020 lag der Anteil der slowakischen Einwohner in fünf Gemeinden (Kittsee, Wolfsthal, Berg, Edelstal und Hainburg) bei über 25 % (Farkas – Klobučník 2021). Da sich die Immobilienpreise zwischen den österreichischen Orten und Bratislava um 2020 angeglichen haben (Výbošťok – Štefkovičová 2023), hat die Einwanderung von Slowaken nach Österreich abgenommen, und sie suchen sich nun weiter entfernte Gemeinden (wie Nickelsdorf oder Prellenkirchen) (Farkas – Klobučník 2021).

In Rajka waren bis 2008 nur 10 % der Bevölkerung slowakischer Herkunft. Im Jahr 2015 machten sie die Hälfte der Bevölkerung aus. Zu diesem Zeitpunkt prognostizierten Balízs und Bajmóczy (2018) für Rajka einen zukünftigen Höchststand von 7000 Einwohnern. Die Volkszählung von 2022 ergab mehr als 5.200 Einwohner (fast drei Viertel davon sind Slowaken), was darauf hindeutet, dass sich dieser Prozess fortsetzt (zwei Jahre später erreichte die Einwohnerzahl 5.600, und ein neues Wohngebiet befindet sich im Bau). Gleichzeitig ist es unmöglich, ein reales Bild von der Zahl der slowakischen Staatsbürger in Ungarn zu erhalten, da viele von ihnen keine Wohnsitzmeldung in ihrer neuen Heimatgemeinde vornehmen. Dies ist auch in der Slowakei ein weit verbreitetes Phänomen: In einer 2019 veröffentlichten Studie identifizierten Šveda, Barlík und Podolák anhand der lokalisierten Daten von Mobiltelefonen etwa 100.000 Einwohner, die ohne Wohnsitzmeldung in der Umgebung von Bratislava leben (Šveda – Barlík – Podolák 2019). Nach Schätzungen des Bürgermeisters von Rajka, Vince Kiss, sind etwa 1.000 Einwohner der Gemeinde nicht gemeldet. In Mosonmagyaróvár ist die Situation noch schlimmer. Hier beträgt die offizielle Einwohnerzahl etwa 34.000, aber Schätzungen zufolge leben fast 60.000 Menschen in der Stadt. Im Jahr 2024 fanden in einem der lokalen Bezirke Wahlen statt, bei denen die Wähler registriert waren. Die Wahlverwaltung stellte fest,

dass fast ein Drittel der Bevölkerung des Bezirks die slowakische Staatsbürgerschaft besaß.

Šveda, Štefkovičová und Tolmáči (2020) wiesen darauf hin, dass sich die in Rajka lebenden Slowaken als Einwohner von Bratislava (75 %) oder anderen slowakischen Gemeinden betrachten. Fast niemand identifizierte sich als Einwohner von Rajka. Im Gegensatz dazu gaben zwei Drittel der in Kittsee lebenden slowakischen Staatsbürger die österreichische Gemeinde als ihren Wohnort an. Die unterschiedlichen Einstellungen lassen sich teilweise durch die österreichische Gesetzgebung erklären: In Österreich (1) besteht für Gemeinden die Möglichkeit, neue Grundstückseigentümer verpflichten, einen Hauptwohnsitz anzumelden und den Bau des neuen Hauses innerhalb einer bestimmten Frist abzuschließen; andernfalls kann die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht geltend machen; (2) sind die neuen Einwohner verpflichtet, ihre Adresse als ihren Hauptwohnsitz anzumelden, andernfalls dürfen ihre Kinder nicht den Kindergarten und die Volksschule besuchen. Ebenso müssen ausländische Einwohner in Ungarn eine Schulgebühr entrichten, was die neuen Einwohner zur Anmeldung zwingen würde, aber die meisten slowakischen Eltern möchten nicht, dass ihre Kinder die ungarische Schule besuchen. In Ungarn gilt für Zweitwohnungen ein höherer Steuersatz; den lokalen Gemeinden fehlen jedoch die notwendigen Instrumente und der Zugang zu Informationen, um den bestehenden Besitz einer Wohnung jenseits der Grenze zu kontrollieren. Folglich haben sie keine Mittel, um die neuen Einwohner zur Registrierung zu zwingen⁴. Es ist gängige Praxis, dass sich eine Person pro Familie mit einem Auto anmeldet, aber in derselben Wohnung leben 3-4 weitere Personen, die ein weiteres Auto besitzen. Auf diese Weise lassen sich Steuerbelastungen vermeiden. Paradoxe Weise konnte die ungefähre Zahl der slowakischen Bevölkerung während der COVID-19-Pandemie gemessen werden, als die Grenzen kontrolliert wurden und nur diejenigen Bürger die Grenze überqueren durften, die nachweisen konnten, dass sich ihr Wohnort und ihr Arbeitsplatz auf zwei verschiedenen Seiten der Grenze befanden (CESCI 2021; Hardi – Nárai – Uszkai 2023). Nach der Pandemie kehrte das alte System zurück: Es ist schwer zu schätzen, wie viele slowakische Bürger in der ungarischen suburbanen Zone von Bratislava leben. Das Bild wird durch die Abwanderung der ursprünglichen Bewohner, die sich das Leben unter den neuen Bedingungen nicht leisten können, noch komplizierter (Šveda – Štefkovičová – Tolmáči 2020). Dementsprechend kann nicht einmal die Einwohnerzahl einer Gemeinde ermittelt werden. Klar ist jedoch, dass mehr

⁴ Die Gemeinde Rajka hat während der Ausarbeitung des Aktionsplans eine neue lokale Verordnung verabschiedet, die neue slowakische Einwohner verpflichtet, ihren slowakischen Wohnsitz aufzugeben, wenn sie in Rajka leben wollen, was zu rechtlichen Bedenken führen könnte.

Menschen die lokale Infrastruktur nutzen, als die offiziellen Daten zeigen⁵ (Balízs – Bajmóczy 2018).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Planer bei der Gestaltung der Entwicklungen und anderer Maßnahmen im Grenzgebiet keinen Zugang zu korrekten Daten haben.

Selbst wenn man die Anzahl der betroffenen Bevölkerung schätzen kann, gibt es keinen Zugang zu Daten über grenzüberschreitende Ströme. Informationen über den grenzüberschreitenden Straßenverkehr lassen sich aus den Verkehrszählstatistiken entlang der Grenzübergangsstraßen ableiten (der tägliche Verkehr an den drei Grenzübergängen in Rajka übersteigt 20.000 Fahrzeuge), aber das Ziel der Reisenden ist nicht bekannt (am Autobahnübergang ist die überwiegende Mehrheit der Verkehrsmittel Transitfahrzeuge). Die Zahl der Personen, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen, lässt sich anhand der verkauften Fahrkarten und Abonnements schätzen.

Der Zugang zu komplexeren Daten (z. B. über grenzüberschreitende Bildungsmobilität, geschäftliche Zusammenarbeit, Einkaufs- und andere Formen des Tourismus, Nutzung öffentlicher Dienstleistungen usw.) setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen Statistikämtern und anderen Institutionen voraus. In vielen Fällen werden diese Daten von verschiedenen Organisationen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und nach unterschiedlichen Methoden erhoben, was den Datenvergleich und die Harmonisierung zusätzlich erschwert.

Daher ist es eine Herausforderung, eine korrekte und zuverlässige Diagnose der räumlichen Prozesse innerhalb der grenzüberschreitenden Metropolregion Bratislava zu erstellen. Ohne diese Diagnose ist eine gemeinsame und integrierte Entwicklung des Grenzgebiets nicht möglich.

Bewährte Praxisbeispiele

Die Erhebung und Verarbeitung grenzüberschreitender Daten ist für jede grenzüberschreitende Funktionszone eine Herausforderung. Es gibt jedoch gute Beispiele. Außer den regionalen Initiativen, wie denen der Großregion und des Oberrheins sind zwei gute Praxisbeispiele zu nennen. Das Statistische Amt des Kantons Basel (CH) sammelt und zeigt seit mehr als 10 Jahren grenzüberschreitende Daten einschließlich des französischen und deutschen Hinterlandes der Schweizer Stadt. Die beiden

⁵ Bratislava steht vor einer ähnlichen Herausforderung: Während die Bürger in die Vororte ziehen, nutzen sie weiterhin die öffentlichen Dienstleistungen der Hauptstadt, was zusätzliche finanzielle Belastungen für die Gemeinde mit sich bringt.

nationalen statistischen Ämter betreiben das Örestat-Portal mit Informationen über das grenzüberschreitende Gebiet um Kopenhagen (DK) und Malmö (SE). Dazu gehören Demografie, Arbeitsmarkt (Pendelverkehr), Wohnungswesen, Innovation, Tourismus, Unternehmen usw.⁶ Die gemeinsamen Statistiken werden seit der Eröffnung der Öresundbrücke im Jahr 2000 mit Unterstützung verschiedener Interreg-Programme erstellt. Das Projekt Örestat III, das in der Budgetperiode 2007-2013 vom Interreg IVA Öresund – Kattegat – Skagerrak kofinanziert wurde, führte zum Aufbau der gemeinsamen Datenbank. Nach Abschluss des Projekts wurde die Finanzierung der Datenbank unsicher, aber dank der finanziellen Unterstützung der Region Skåne in Schweden ist sie nun jedoch in Betrieb.

Integrierte grenzüberschreitende räumliche Perspektive für den Ballungsraum

Die räumlichen Auswirkungen der Suburbanisierung um Bratislava sind ähnlich wie in anderen Beispielen. In jedem Fall erfordern diese Phänomene harmonisierte Interventionen und umfassende Überwachungsverfahren seitens der Vertreter des städtischen Zentrums und seiner Umgebung. Andernfalls entwickeln sich die Prozesse unkontrolliert und beeinträchtigen die Lebensbedingungen, wie es in vielen Ballungsräumen zu beobachten ist.

Harmonisierte Interventionen setzen voraus, dass a) eine Verwaltungslösung vorhanden ist, eine Plattform, auf der sich Planer, Entscheidungsträger und Vertreter der Zivilgesellschaft treffen und die räumlichen Herausforderungen diskutieren können, und b) bestimmte rechtsverbindliche Dokumente (Masterpläne) vorliegen, die die Landnutzung und Wohnprojekte regeln. In einem grenzüberschreitenden Kontext sind beide Bedingungen aufgrund national festgelegter Zuständigkeiten, Verfahren und Regeln schwer zu erreichen.

Die Notwendigkeit und Bedeutung einer solchen Plattform wird in den letzten Entwicklungsplänen von Bratislava anerkannt. Der Verkehrsmasterplan (CDV 2015, 15) fasst diese Notwendigkeit wie folgt zusammen: „Aufgrund der besonderen Lage Bratislavas innerhalb der Struktur der Slowakei, nahe der Staatsgrenzen zu Österreich und Ungarn, ist die Hauptstadt bei der Planung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Entwicklung auf eine effektive Zusammenarbeit mit dem Ausland angewiesen.“ Das Dokument sieht auch ein Zonentarifsystem vor, das 5 ungarische und

⁶ <https://utveckling.skane.se/regional-utveckling/statistik-och-analys/oresundsdatabase/oresundsdatabase-orestat/orestat-in-english/>

16 österreichische Gemeinden umfasst. Als spezifisches Ziel 39 sieht die Strategie Bratislava 2030 die Einrichtung einer Planungsplattform für den gesamten Großraum vor, deren Indikator lautet: „Anzahl der territorialen Selbstverwaltungs-/Regionseinheiten – auch in ungarischen und österreichischen Grenzgebieten –, die an der gemeinsamen Großraumplanung teilnehmen“ (BA 2030, 179)⁷. Offensichtlich ist sich die Leitung der Metropolregion der organischen Verbundenheit der Stadt und ihrer Umgebung bewusst.

Nach den Prognosen der Stadtplaner (CDV 2015; MIB 2022) werden Petržalka und Ružinov in den kommenden Jahren zu den Entwicklungspolen der Stadt werden (mit insgesamt 200.000 Einwohnern), was bedeutet, dass die südlichen Stadtteile, die näher an den Grenzen liegen, an Bedeutung gewinnen werden, was den Harmonisierungsbedarf unterstreicht. Weitere Argumente könnten sein, dass das postsozialistische und neoliberale Wohnungsmodell in Bratislava ad hoc angewendet wird (Meyfroidt 2016), wobei die Nachhaltigkeit nur schwach berücksichtigt wird (MIB 2022); Parallel zur Abwanderung aus der Stadt entsteht in den Zielgemeinden ein Bedarf an besseren öffentlichen und kommerziellen Dienstleistungen und Infrastrukturen. Die Suburbanisierung führt zu Luft- und Lärmbelästigung, einer höheren Abfallproduktion und einer Verringerung der Grünflächen auch in ländlichen Gebieten (MIB 2022). Die Entwicklungspläne der slowakischen Hauptstadt haben direkte Auswirkungen auf die Nachbargemeinden, gleichzeitig wirkt sich jede Entscheidung der Gemeinden innerhalb der suburbanen Zone (z. B. die Schaffung neuer Wohngebiete) auf die gesamte grenzüberschreitende Region aus usw. All diese Faktoren erfordern koordinierte Anstrengungen, um das Entwicklungstempo der Hauptstadt und die Lebensqualität in den Vororten aufrechtzuerhalten.

Nach Ansicht der zum dritten Workshop eingeladenen Planer wird eine integrierte grenzüberschreitende Planung durch viele Faktoren behindert: unterschiedliche Rechtssysteme und Zuständigkeiten, unterschiedliche Entwicklungsrioritäten, das Fehlen einer Koordinierungsstelle, Probleme beim gemeinsamen Verständnis der Herausforderungen, mangelnde Kompetenzen über die Grenze hinweg, schwieriger Zugang zu Finanzmitteln usw. Die Experten betonten auch die Notwendigkeit der Koordinierung (insbesondere im Zusammenhang mit größeren Projekten), des Datenaustauschs, der Harmonisierung lokaler Pläne und Bauvorschriften (zur Harmonisierung der lokalen Baubestimmungen) und der Einrichtung einer Verwaltung zur Überwachung der Prozesse.

⁷ Im Jahresbericht 2023 der Strategie Bratislava 2030 wird der Indikator wie folgt umformuliert: „Einrichtung einer Plattform für die Zusammenarbeit innerhalb der funktionalen Metropolregion (einschließlich Partnern auf dem Gebiet von AT und HU) zur Bewältigung gemeinsamer Entwicklungsthemen“.

Bewährte Praxisbeispiele

Die französischen Rechtsvorschriften ermöglichen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften an der Grenze, einen Plan für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (Schéma de cooperation transfrontalière, SCT) auszuarbeiten. Die Städte Lille, Nizza und Straßburg sowie der baskische Ballungsraum genehmigten ihre SCT nach einem partizipativen Planungsprozess, an dem auch Akteure von der anderen Seite der Grenze beteiligt waren. Im Falle des SCT der Europäischen Gemeinschaft des Elsass geht die Genehmigung über die oben genannten Fälle hinaus: sie erfordert die Angleichung an bestehende Raumplanungsdokumente (Ausstattung des Plans mit einem Regelungsfaktor) und sieht strukturelle grenzüberschreitende Projekte und die Übertragung von Befugnissen vor, was ein einzigartiger Aspekt ist (MOT 2021).

Lille und seine Partner im französisch-belgischen EVTZ Lille-Kortrijk-Tournai (gegründet 2008) organisieren ihre Interventionen rund um das Thema Wasser im Rahmen des Projekts Parc Blue (Le Parc Bleu). Hauptziel ist der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Feuchtgebiete innerhalb der Grenzregion auf integrierte Weise.⁸

Das Projekt 3Land⁹ zielt auf ehemalige Industriegebiete entlang des Rheins rund um einen Güterhafen in Basel (CH) ab, basierend auf einem von den Parteien 2015 verabschiedeten Konzept. Die geplanten Investitionen erstrecken sich auf Gebiete in Basel, Huningue (FR) und Weil am Rhein (DE) und sehen den Bau neuer Fußgänger- und Fahrradbrücken zwischen Wohn- und Erholungsgebieten, einen neuen Campus und einen Verkehrsknotenpunkt entlang des Flusses vor. Das Projekt ist einzigartig, weil die drei Kommunen beschlossen haben, harmonisierte Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zum Fluss und die Nutzung des Flussufers für verschiedene Zwecke zu ermöglichen, die zuvor aufgrund der Industriegebäude nicht zugänglich waren.

⁸ <https://www.eurometropolis.eu/fr/actions/le-parc-bleu>

⁹ <https://3-land.net/en/projects.html>

Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Entwicklung grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen

Verkehr

Die Schaffung der Vorbedingungen eines nachhaltigen Verkehrs ist in jedem suburbanen Gebiet eine komplexe Herausforderung. Dazu gehören der Ausbau der physischen Infrastruktur (Straßen, Radwege, Schienen, Parkplätze, multimodale Zentren usw.), die Integration verschiedener Verkehrsmittel in ein ganzheitliches System, einschließlich der Tarife, die Harmonisierung der Fahrpläne verschiedener Dienstleister sowie die Sensibilisierung und Motivation der Bürger, sich für öffentliche und kommunale Verkehrslösungen zu entscheiden.

Im grenzüberschreitenden Kontext bedeutet Integration eine doppelte Herausforderung: Die Dienstleister betreiben ihre Linien nach unterschiedlichen nationalen Vorschriften, Subventionssystemen und unterschiedlichen Tarifen; der grenzüberschreitende Verkehr fällt unter das sogenannte Kabotageverbot, das die inländischen öffentlichen Verkehrssunternehmen nach EU-Recht vor Konkurrenz schützt; Die physische Infrastruktur ist nach innen gerichtet und berücksichtigt grenzüberschreitende Elemente nur in geringem Maße (da die Eisenbahn seit jeher eine strategische militärische Infrastruktur ist, unterscheiden sich in vielen Fällen sogar die physischen Bedingungen). Die Verkehrskultur ist von Land zu Land unterschiedlich, und grenzüberschreitende Pendler und Einwohner sind sich nicht unbedingt der Regeln bewusst, die auf der anderen Seite der Grenze zu beachten sind, usw. Alle diese Faktoren sind im grenzüberschreitenden Ballungsraum Bratislava vorhanden.

Eines der Hauptargumente für die Überwindung der Staatsgrenzen sind die günstigen Verkehrsverbindungen mit dem Auto. Die Fertigstellung der Autobahn D4 zwischen Jarovce und Kittsee und ihre Anbindung an die österreichische Autobahn A6 hat zu einer massiven Abwanderung slowakischer Bürger in die österreichischen Vororte geführt. Ebenso hat die Fertigstellung der Autobahn M15 in Ungarn und ihre Integration in das slowakische Straßennetz günstigere Bedingungen für den Pendlerverkehr von Mosonmagyaróvár nach Bratislava geschaffen. Es ist eine allgemeine Erfahrung, dass die Fahrt mit dem Auto vom österreichischen und ungarischen Vorort ins Stadtzentrum von Bratislava 15 bis 20 Minuten dauert, während sie aus den slowakischen Vororten sogar bis zu einer Stunde dauern kann. Berücksichtigt man diesen Vorteil und die Tatsache, dass in Bratislava und Umgebung die Motorisierungsrate mehr als anderthalb Mal so

hoch ist wie im Landesdurchschnitt (fast 700 Autos pro 1.000 Einwohner; siehe Michniak 2020), sowie die demografischen Prognosen, ist es nicht schwer vorauszusehen, dass der Individualverkehr weiter zunehmen wird, was überall zu Staus und zur Forderung nach immer neuen Straßen führen wird.

Die Bürgermeister Österreichs und Ungarns beklagen gleichermaßen den starken Verkehr und dessen negative Auswirkungen auf die Straßeninfrastruktur. Die Situation in Ungarn ist etwas schlechter, da Schätzungen zufolge die Hälfte der in Österreich lebenden slowakischen Staatsbürger einen Arbeitsplatz in Österreich hat, während fast alle slowakischen Staatsbürger, die nach Ungarn gezogen sind, täglich auf denselben Wegen nach Bratislava pendeln. Gleichzeitig wird der Wiederaufbau oder die Weiterentwicklung der Infrastruktur noch mehr neue Einwohner mit noch mehr Fahrzeugen anziehen, was zu noch mehr Verkehr führen wird. Die Lösung liegt daher in der integrierten Entwicklung des öffentlichen Verkehrssystems (Michniak 2020). Die Strategie Bratislava 2030 (MIB 2022) besteht ebenfalls auf dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur (in Verbindung mit Parkplätzen an den Stadteinfahrten) und des S-Bahn-Systems. Die Stadt Bratislava baut die Parkmöglichkeiten schrittweise durch das sogenannte „paas“-System (Bratislava Parking Assistance Service) aus, was den Autoverkehr innerhalb der Stadt weiter erschwert. Darüber hinaus sieht der Verkehrsmasterplan vor, den Pkw-Anteil in Bratislava bis 2040 auf unter 20 % zu senken (CDV 2015).

Dennoch gibt es Infrastrukturkomponenten, in die dringend investiert werden muss (z. B. die Nationalstraße zwischen Rusovce und Rajka, einschließlich des Grenzübergangs; die internen Straßen innerhalb der ungarischen Orte), und der Bau eines integrierten Radwegenetzes würde ebenfalls die Lebensbedingungen in der Region verbessern. Ebenso sollte die Straßenbahnlinie Nr. 3 bis nach Slnečnice (Južné mesto) ausgebaut werden, und die Vorortbahnverbindung aus Ungarn sollte einen direkten Zugang zum Hauptbahnhof gewährleisten usw.

Im August 2025 verkehren an Werktagen 25 Züge zwischen Bratislava-Petržalka und Wien und 11 zwischen Rajka und der slowakischen Hauptstadt. Die Strecke zwischen dem Hauptbahnhof Bratislava und Wien über Marchegg wird derzeit umgebaut. Nach der Inbetriebnahme werden mehr als 20 weitere Züge die beiden Hauptstädte verbinden. Die Buslinie Nr. 901 verkehrt zwischen Hainburg und Bratislava (nach einer kurzen Unterbrechung während und nach der COVID-Pandemie), während die ehemalige Buslinie Nr. 801 nach Rajka durch einen Dienst eines privaten Unternehmens ersetzt wurde. Im Vergleich zum früheren Dienst haben sich die Ticketpreise verdoppelt, und der neue Dienst ist nicht in das städtische Verkehrssystem von Bratislava integriert. Der Verkehrsverbund BID (Integrierter Verkehr für die Region Bratislava) erwägt derzeit die

Erprobung einer neuen Buslinie zwischen den österreichischen Gemeinden Prellenkirchen, Edelstal, Berg und Bratislava.

Der Flughafen Wien ist von Bratislava aus per Bus 3 bis 4 Mal pro Stunde erreichbar, aber diese Busse halten nicht zwischen dem Flughafen und der slowakischen Hauptstadt.

Aufgrund der während der Pandemie geltenden Transportbeschränkungen haben einige slowakische Bürger Transportgemeinschaften unter Verwendung der Mitfahrelegenheitslösung gegründet, die nach wie vor bestehen und die auch eine geeignete Lösung zur Verringerung der Umweltverschmutzung und des Verkehrsaufkommens darstellen können. Ebenso können individuelle Verkehrsmittel wie E-Bikes, E-Scooter und andere innovative Fortbewegungsmittel gefördert werden, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind (d. h. getrennte Radwege, gute Verbindungen und ein ausgebautes Tool-Sharing-System).

Bewährte Praxisbeispiele

Der Léman Express¹⁰ ist Europas größtes grenzüberschreitendes integriertes S-Bahn-System rund um die Schweizer Stadt Genf. Das 230 km lange Netz umfasst sechs Linien und 50 Stationen und integriert den Flughafen Cornavin durch einen neuen Tunnel in das französische Eisenbahnsystem. Die Linien können von verschiedenen Fahrkarten und Pässen genutzt werden, die in das Tarifsystem des Großraums Genf integriert sind, einschließlich der grenzüberschreitenden Straßenbahnlinie nach Annemasse.

Eine der am stärksten integrierten grenzübergreifenden Regionen der EU liegt um die Städte Lüttich (BE), Maastricht (NL) und Aachen (DE). Die Euregio Maas-Rhein (EMR) ist ein Vertreter der grenzüberschreitenden Integration, die¹¹ mit Unterstützung der Transportunternehmen der drei Länder ein Euregioticket einführte. Das Tagesticket, das 19 Euro kostet, gilt für alle Linien des öffentlichen Nahverkehrs innerhalb der Euroregion, wo 24 Linien grenzüberschreitend verkehren. Der Dreiländerzug, der die drei Städte verbindet, wurde mit Unterstützung der EU entwickelt.

Öffentliche Dienstleistungen

Die Alterszusammensetzung der slowakischen Einwohner in Österreich und Ungarn ist sehr jung. Im Allgemeinen handelt es sich um mobile junge Familien mit Kindern und

¹⁰ <https://www.lemanexpress.com/en/>

¹¹ <https://youregion-emr.eu/live/transport/>

junge Singles, die über die Staatsgrenze hinweg umziehen. Dementsprechend sind die Bildungseinrichtungen in den Vororten am stärksten betroffen. In den ungarischen Gemeinden nutzen einige slowakische Einwohner die Dienste der Krippen und Kindergärten, aber sie sind nicht sehr an den Grund- und weiterführenden Schulen interessiert. In Rajka wird die örtliche Grundschule von der lokalen deutschen Minderheitenselbstverwaltung betrieben, da die deutsche Minderheit dort trotz der Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg immer noch präsent ist. Die Gemeinde bot die Möglichkeit einer dreisprachigen Ausbildung (Deutsch, Ungarisch und Slowakisch) an, aber die slowakischen Einwohner waren daran nicht interessiert. Sie würden eine Ausbildung in englischer Sprache bevorzugen, aber die deutsche Minderheitenselbstverwaltung kann aufgrund der nationalen Gesetzgebung Deutsch nicht durch Englisch ersetzen.

Die Präsenz recht großer kroatischer Gemeinschaften ist ein einzigartiges Merkmal der gesamten Region. In bestimmten Dörfern wird auch Unterricht in kroatischer Sprache angeboten. Obwohl eine sprachliche Verständigung zwischen Kroaten und Slowaken relativ gut möglich ist, ist das Bildungsangebot für slowakische Kinder nicht attraktiv. Im Gegenteil, die überwiegende Mehrheit der Neuankömmlinge betrachtet Österreich als ihre neue Heimat. Dementsprechend ziehen sie es vor, ihre Kinder österreichische Schulen besuchen zu lassen. Dies stellt die lokalen Gemeinden vor Herausforderungen, da die lokalen Kapazitäten für den gestiegenen Bedarf nicht ausreichen. So werden beispielsweise die Gehälter der Lehrer von der Landesregierung finanziert, während die Nachmittagsbetreuer von den lokalen Gemeinden bezahlt werden. Hainburg finanziert beispielsweise mehr als 30 solcher Mitarbeiter. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass in vielen Schulen slowakische Schüler deutlich in der Überzahl sind, was sie dazu zwingt, eher Slowakisch als Deutsch zu sprechen.

In Hainburg gibt es zwei- bis dreimal pro Woche Slowakischunterricht in der Volksschule, aber in beiden Nachbarländern fehlt es an zweisprachigem Unterricht. Gleichzeitig sind laut demografischen Prognosen die Kapazitäten der Sekundarschulen in Bratislava bereits unzureichend, und die Situation verschlechtert sich weiter (MIB 2022). Eine grenzüberschreitende Integration der Bildungsangebote könnte diesen Mangel ausgleichen.

Da die Alterszusammensetzung eher jung ist, stellt die Sozialfürsorge derzeit keine Herausforderung für die österreichischen und ungarischen Gemeinden dar. Da Sozialfürsorgeleistungen an die Staatsbürgerschaft gebunden sind, können diese Bedürfnisse heute noch nicht einmal gedeckt werden. Gleichzeitig werden mit der Zeit immer mehr ältere Menschen solche Bedürfnisse anmelden, und die Gemeinden sollten

sich auf diese neue Herausforderung vorbereiten. Aufgrund der Bestimmungen wird die Situation ohne die Einbeziehung der nationalen Behörden nicht zu bewältigen sein.

Das Gesundheitswesen ist ein viel dringenderes Thema, das gelöst werden muss. Dank der Zusammenarbeit zwischen den regionalen (Österreich) und nationalen (Slowakei und Ungarn) Rettungsdiensten wurden 2024 bilaterale Verträge zwischen Österreich und der Slowakei sowie zwischen Österreich und Ungarn unterzeichnet, die grenzüberschreitende Rettungsdienste ermöglichen. Die Verträge sind in jedem Land ratifiziert. Die Kooperationsvereinbarungen, in denen die Verfahren festgelegt und die Integration der Informationsflüsse zwischen den Leitstellen geregelt werden, befinden sich jedoch noch in Vorbereitung. Mit Unterstützung des Interreg VI-A-Programms Ungarn-Slowakei wurde auch mit der Ausarbeitung des bilateralen Vertrags zwischen Ungarn und der Slowakei begonnen. Da in allen Fällen der Vertrag zwischen Österreich und der Tschechischen Republik als Vorbild diente, wird erwartet, dass die Rettungsdienste im Großraum Bratislava unter sehr ähnlichen Bedingungen trilaterale Zusammenarbeit leisten können, was ein großer Vorteil ist.

Wenn heute ein Patient in Rajka die EU-Notrufnummer (112) anruft, wird der Anruf von der slowakischen Leitstelle entgegengenommen (aufgrund des stärkeren slowakischen Handyempfangs), aber der Rettungswagen kann die Grenze nicht überqueren, um den Patienten aus Ungarn abzuholen, selbst wenn die Entfernung nur 2 km beträgt: In der Regel ist es die Familie, die den Patienten zum Grenzübergang transportiert und ihn in den slowakischen Rettungswagen bringt. Die Verträge und Kooperationsabkommen werden diese riskante Regelung in absehbarer Zukunft ändern.

Gleichzeitig ist die grenzüberschreitende stationäre und ambulante Versorgung trotz der EU-Richtlinie 2011/24 über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung, die dies ermöglicht, nach wie vor eine Herausforderung. Mit Unterstützung des Interreg-Programms Slowakei-Österreich hat das Projekt „Bridges for Birth“ eine Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus von Hainburg (wo immer mehr slowakische Kinder geboren werden) und dem Nationalen Institut für Kinderkrankheiten in Bratislava im Bereich der Neugeborenenbehandlung ins Leben gerufen. Das bahnbrechende Projekt könnte den Weg weisen, wie die Integration grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen weiterentwickelt werden kann.

Bewährte Praxisbeispiele

In den letzten 20 Jahren hat die Zahl der grenzüberschreitenden Gesundheitsdienste bemerkenswert zugenommen. Niederösterreich ist der mitteleuropäische Experte zum

Thema durch die HealthAcross-Initiative, die mehrere Kooperationsprojekte¹² ausgelöst hat, von den grenzüberschreitenden Rettungsdiensten, die gemeinsam mit Tschechien betrieben werden, bis hin zum ambulanten Zentrum von Gmünd und České Velenice. Mithilfe von HealthAcross wird nicht nur zwischen dem Krankenhaus Hainburg und dem Kinderkrankenhaus Bratislava, sondern auch zwischen den Krankenhäusern Wiener Neustadt und Sopron zusammengearbeitet.

Das höchste Niveau der Gesundheitsintegration ist in Frankreich zu beobachten. Die sieben grenzüberschreitenden organisierten Zonen für den Zugang zur Gesundheit (Zones organisées d'accès aux soins transfrontaliers, ZOAST)¹³ wurden zwischen 2008 und 2015 auf der Grundlage eines von Frankreich und Belgien unterzeichneten bilateralen Abkommens von 2005 eingerichtet. Die Vereinbarung ermöglicht es den regionalen Behörden, grenzüberschreitende Gesundheitsversorgungszonen zu schaffen und zu betreiben, in denen die Patienten jede Gesundheitseinrichtung unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit nutzen können. Die Kosten für die Behandlungen werden von den zuständigen (belgischen oder französischen) Krankenkassen erstattet. Die sieben ZOAST decken die gesamte gemeinsame Grenze zwischen den beiden Ländern.

Das erste grenzüberschreitende stationäre Zentrum, das Cerdanya-Krankenhaus,¹⁴ wurde 2010 von der katalanischen und der französischen Regierung eingerichtet. Das Krankenhaus befindet sich in den Pyrenäen, in einem Gebiet weit weg von den nächsten Gesundheitseinrichtungen. Die beiden Partner beschlossen, ein Krankenhaus auf der spanischen Seite der Berge zu bauen, das Behandlungen für die Bürger beider Länder und für Touristen, die die Region besuchen, anbietet. Die Einrichtung wird von einem EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) verwaltet, in dem spanische und französische Ärzte, Krankenschwestern und anderes Personal beschäftigt sind. Der Betrieb wird von Katalonien und Frankreich gemeinsam finanziert.

Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration der neuen Einwohner

Die Integration der neuen Einwohner ist in jedem suburbanen Gebiet eine große Herausforderung. Einerseits unterscheiden sich die kulturellen Muster und die Verhaltensmuster der neuen Bürger immer von den lokalen Traditionen (Unterschiede zwischen Stadt und Land). Andererseits ziehen die Neuankömmlinge in der Regel in neue

¹² <https://healthacross.noe-lga.at/en/>

¹³ <https://www.ofbs.org/cooperation-franco-belge/zoast/>

¹⁴ <https://www.hcerdanya.eu/en/>

Wohngebiete und führen ein recht isoliertes Leben: Sie fahren morgens ins Stadtzentrum und kehren abends zurück, sie nutzen die Dienstleistungen in der Stadt, nicht im Dorf usw. Diese Unterschiede können zu Konflikten zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen führen.

Der grenzüberschreitende Kontext fügt weitere Faktoren hinzu: sprachliche und kulturelle Barrieren, historische Beleidigungen, unterschiedliche Gewohnheiten aufgrund veränderter rechtlicher und administrativer Traditionen usw.

Im Fall von Bratislava ist einer der wichtigsten Faktoren, die den Grad der Integration bestimmen, der Eiserne Vorhang. Auch wenn diese physische Barriere vor 35 Jahren abgebaut wurde, hat sie mental immer noch Auswirkungen (Dillinger 2004; Farkas – Klobučník 2021; Hardi – Nárai – Uszkai 2023), deren Einfluss jedoch nachlässt. Im slowakisch-ungarischen Kontext gibt es viele historische Probleme, die die Integration erschweren. Als die ersten slowakischen Einwohner in Rajka auftauchten, wurden ihre Autos beschädigt, es tauchten aggressive Graffitis auf, und Rechtspopulisten organisierten eine Demonstration gegen die „Tót“ (spöttische Bezeichnung für die Slowaken). Die lokale Bevölkerung beteiligte sich nicht an der Demonstration. Im Gegensatz dazu griffen in Bezenye einige Einheimische die neuen slowakischen Bewohner an, weil diese die lokalen Traditionen nicht respektieren wollten (Balízs – Bajmóczy 2018). In den letzten zehn Jahren ist die Ablehnung gegenüber den slowakischen Einwohnern jedoch allmählich verschwunden, und jeder ungarische Bürgermeister betrachtet das Verhältnis zwischen den Einheimischen und den „Migranten“ als friedlich. Gleichzeitig bedeutet dies jedoch nicht, dass die neuen Einwohner in die lokalen Gemeinschaften integriert sind. Das größte Hindernis dafür ist die Sprachbarriere (Hardi – Nárai – Uszkai 2023). Die Mehrheit der slowakischen Bürger spricht kein Ungarisch (viele von ihnen sprechen keine andere Sprache als Slowakisch) und sieht kaum einen Grund, es zu lernen. Im Gegensatz zu den österreichischen Gemeinden, wo sie gezwungen sind, die Amtssprache zu verwenden, und dies auch in ihrem Interesse liegt, sind es in Ungarn die lokalen Gemeinden, die versuchen, auch auf Slowakisch zu kommunizieren: Sie übersetzen offizielle Dokumente ins Slowakische, geben zweisprachige Broschüren heraus, veröffentlichen zweisprachige Plakate und wenden sich mit speziellen Informationen an die slowakischen Bürger. Dank der Koexistenz verstehen die lokalen Verwaltungsbeamten immer mehr Slowakisch. Einige neue Einwohner, die beide Sprachen sprechen, bieten auf Anfrage in der Regel ihre „Dolmetscherdienste“ an. Wenn die lokale Gemeinde ein Verfahren einleitet, muss sie gemäß den ungarischen Gesetzen für die Dolmetschkosten aufkommen. Es wird erwartet, dass künstliche Intelligenz (KI) zur Lösung dieser Probleme beitragen wird.

Interessanterweise ist die Integration der slowakischen Bürger in den österreichischen Gemeinden, wo sie Deutsch sprechen müssen, weiter fortgeschritten als in den ungarischen Gemeinden, wo sie in ihrer Muttersprache kommunizieren können. In einigen österreichischen Gemeinderäten gibt es auch slowakische Vertreter.

Auf ungarischer Seite wurden Versuche unternommen, sie in das lokale Kulturleben einzubeziehen, allerdings mit bescheidenen Ergebnissen. In Feketeerdő organisierte eine Gruppe neuer Einwohner während der Adventszeit 2024 eine kulturelle Veranstaltung. Die neuen Einwohner sind jedoch eher kosmopolitische Bürger: Sie sind nicht an slowakische nationale Traditionen gebunden, wie der Bürgermeister von Rajka feststellte; folglich können sie keinen Beitrag zur ethnisch vielfältigen lokalen Kultur leisten. Darüber hinaus „konsumieren“ sie Kulturgüter in Bratislava.

Es ist kein Zufall, dass sich die in den österreichischen Vororten lebenden Slowaken als österreichische Einwohner identifizieren, was auf der ungarischen Seite nicht der Fall ist. Ihre Zurückhaltung, sich in die lokale Gemeinschaft zu integrieren, zeigt sich auch daran, dass sie sich der Steuerzahlung entziehen: Sie wollen sich nicht an den finanziellen Belastungen ihrer neuen Heimatgemeinde beteiligen. Für die kleinen ungarischen Gemeinden ist dies ein schwer zu bewältigendes Problem.

Bewährte Praxisbeispiele

Das deutsche Frankfurt/Oder und das polnische Słubice begannen unmittelbar nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Zusammenarbeit miteinander. Neben vielen anderen Errungenschaften organisierten die Partnerstädte 2021 die Zukunftskonferenz über grenzüberschreitende Entwicklung mit einem Zeithorizont bis 2030.¹⁵ Ziel der Konferenz war, auf der Grundlage der Empfehlungen und Projektideen von 80 Bürgern, die von beiden Seiten der Grenze eingeladen wurden, gemeinsame Entwicklungen für die beiden Städte zu ermitteln. Die Teilnehmer lösten Planungsprozesse aus, die auf eine neue Brücke und eine bessere Auslastung der Flussufer abzielten.

In Österreich haben Bürgerräte eine lange Tradition. Diese Instrumente ermöglichen es den Bewohnerinnen und Bewohnern, sich an lokalen und regionalen Entscheidungsprozessen und Zukunftsplanungen zu beteiligen. Der EVTZ Tirol-Südtirol-Trentino Europaregion¹⁶ passte das Modell 2022 an, als er den ersten

¹⁵ https://www.frankfurt-oder.de/Verwaltung-Stadtpolitik/Verwaltung/Frankfurt-%C5%82ubicer-Kooperationszentrum/Aktuelles/Frankfurt-Slubicer-Zukunftskonferenz-zur-grenz%C3%BCberschreitenden-Stadtentwicklung-2030.php?object=tx_2616.27001.1&NavID=2616.1787&La=1

¹⁶ <https://www.europaregion.info/en/>

grenzüberschreitenden Bürgerrat organisierte, um die partizipativen Verfahren bei der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft zu fördern.

Das Euro-Institut Kehl¹⁷ fördert die gegenseitige Annäherung der französischen und deutschen Bürger rund um Straßburg durch verschiedene Aktivitäten. Sie organisieren Sprachkurse, entwickeln und verwalten grenzüberschreitende Projekte für kooperierende lokale Institutionen und fördern den grenzüberschreitenden Austausch von Beamten. Durch diese Aktivitäten werden die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfolgreich in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einbezogen.

Die Euregio Maas-Rhein verwaltet den Kleinprojektfonds des trilateralen Interreg-Programms, der die Entwicklung grenzüberschreitender Kontakte und Begegnungen der niederländischen, belgischen und deutschen Bürger durch Kleinstprojekte (bis zu 2000 EUR), Kleinprojekte (bis zu 40 000 EUR) und kleine Maxi-Projekte (bis zu 100 000 EUR)¹⁸ erleichtert.

Herausforderungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwaltung des Dreiländerecks

Aktueller Stand

Im Jahr 2025 gründeten die Stadt Bratislava sowie die Bundesländer Burgenland und Niederösterreich die Arbeitsgemeinschaft baum_cityregion, die eine Governance-Einrichtung ohne Rechtspersönlichkeit sein wird.¹⁹ Die neue Struktur kann als die Vollendung eines anderthalb Jahrzehnte dauernden Institutionalisierungsprozesses betrachtet werden, an dem die österreichischen Vororte von Bratislava beteiligt sind. Die Initiative BAUM (Bratislava Umland Management) startete 2011 als eigenständiges Projekt nach dem Vorbild des Wiener SUM (Stadt Umland Management).²⁰ Letzteres wurde 2006 von der Stadt Wien und den Landesregierungen Wien und Niederösterreich ins Leben gerufen, um die suburbanen Entwicklungsaktivitäten rund um die österreichische Hauptstadt mit besonderem Schwerpunkt auf Raumplanung, Verkehr und Umwelt zu harmonisieren. Das SUM spielt eine koordinierende Rolle zwischen diesen territorialen Akteuren unter der strategischen Ausrichtung des Beratungsgremiums (Beirat), das sich aus Regionalentwicklungsexperten und den

¹⁷ <https://www.euroinstitut.org/fr/english>

¹⁸ <https://www.euregio-mr.info/en/foerderung/small-project-fund/>

¹⁹ Der Einrichtungsprozess wird abgeschlossen sein, sobald die Mitglieder der verschiedenen Gremien im Herbst 2025 benannt sind.

²⁰ <https://www.stadt-umland.at/>

Delegierten von Wien und den Kommunen Niederösterreichs zusammensetzt. Die tägliche Arbeit wird von zwei Koordinatoren geleitet, die von Niederösterreich und dem Land Wien eingestellt werden. Ihre Aufgabe umfasst die Koordinierung der Planungstätigkeiten, die Einrichtung und den Betrieb von Plattformen, die den Austausch zwischen Experten, Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft zu verschiedenen Themen erleichtern (z. B. die Dialogplattform Wien-Schwechat; die Plattform des Runden Tisches Leopoldau zur Bewältigung der Herausforderungen beim Parken usw.), die Organisation der SUM-Foren, in denen die lokalen Interessenträger je nach Bedarf mit den zuständigen Landesabteilungen zusammenkommen, und die jährliche Stadt-Umland-Konferenz, auf der Politiker, Verwaltungsleiter, Forscher und andere an der Regionalentwicklung beteiligte Akteure zusammenkommen können.

Das SUM ist eine nicht formalisierte, lose Kooperationsstruktur ohne juristische Person, die innerhalb der nationalen Grenzen tätig ist²¹. Die Außenbeziehungen zu Tschechien, der Slowakei und Ungarn sind eher sporadisch. Zuvor wurde das Konsultationsforum für den größeren Ballungsraum im Rahmen der 2003 gegründeten Initiative Centrope eingerichtet, hat aber in den letzten sieben Jahren an politischer Bedeutung verloren. Gleichzeitig spielte das SUM eine entscheidende Rolle bei der Etablierung der BAUM-Initiative; Die Verbindung zwischen den beiden Einrichtungen ist immer noch lebendig.

Die Initiative BAUM (Bratislava Umland Management) startete als grenzüberschreitendes Projekt, das zwischen 2011 und 2014 umgesetzt wurde. Das primäre Ziel war, einen integrierten Entwicklungsplan für die slowakisch-österreichische grenzübergreifende Metropolregion zu erstellen. Das zweite Projekt (mit dem Titel baum2020) dauerte von 2017 bis 2020 und führte zur Einrichtung des gemeinsamen Büros, zur Einrichtung der Bürgermeistertreffen und der BAUM-Konferenz sowie zur Organisation von Arbeitstreffen zu verschiedenen Themen. Das dritte Projekt (mit dem Titel „baum_cityregion“, ebenfalls unterstützt durch das Interreg-Programm Slowakei-Österreich) hatte zum Ziel, den Governance-Rahmen für die BAUM-Initiative zu schaffen. Die im Rahmen des Projekts gegründete Arbeitsgemeinschaft beruht auf einer losen Kooperationsvereinbarung in Verbindung mit Statuten und Finanzvereinbarung, jedoch ohne Rechtspersönlichkeit. Gründungsmitglieder sind die Stadt Bratislava sowie die Länder Niederösterreich und Burgenland.

Das wichtigste Entscheidungsgremium ist das Politische Gremium, das sich aus den hochrangigen Vertretern der Gründungsmitglieder zusammensetzt und mindestens einmal jährlich einberufen wird. Er ist befugt, die Statuten zu ändern, die gemeinsamen

²¹ SUM ist zwar keine eigenständige juristische Person, seine Aktivitäten werden jedoch vom Verein Niederösterreich-Wien – Gemeinsame Entwicklungsräume verwaltet.

strategischen Leitlinien festzulegen, die Arbeits- und Budgetpläne zu genehmigen und die Jahresberichte anzunehmen. Die Beschlüsse des federführenden Gremiums (einschließlich der jährlichen Arbeitsprogramme) werden vom Lenkungsausschuss ausgearbeitet, der sich aus den Vertretern der drei Gründungsmitglieder zusammensetzt, die die Tätigkeiten des Büros koordinieren. Das Büro baum_cityregion übernimmt eine koordinierende, administrative und exekutive Rolle, die ihre Aktivitäten nach einem jährlichen Arbeitsprogramm ausführt. Ähnlich wie beim SUM wird das BAUM-Büro von 3 Koordinatoren geleitet, die von der Stadt Bratislava und den beiden österreichischen Bundesländern finanziert werden. Ihre Rolle ist den Koordinatoren des SUM sehr ähnlich: Koordinierung der gemeinsamen Aktivitäten der Gründungsmitglieder in vier thematischen Bereichen (Kultur und Tourismus; Natur und Klima; Raum und Mensch, d. h. soziale und regionale Entwicklung; und Mobilität) mit besonderem Augenmerk auf eine nachhaltige Raumentwicklung; die Tätigkeiten der Zusammenarbeit zu verwalten und zu fördern; Organisierung der Sitzungen der Gremien; sowie gemeinsame Projekte vorzubereiten und zu verwalten. Wie Patti (2016) hervorhebt, besteht ein wesentlicher Mangel dieser Struktur in der mangelnden Bürgerbeteiligung.

Abbildung 7 – Die derzeitige Struktur der BAUM-Arbeitsgemeinschaft



In der Finanzvereinbarung sind die Finanzierungsregeln festgelegt, nach denen die Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedern getrennt geregelt ist. So werden die 3 Mitarbeiter des Büros baum_cityregion in der Folge von der Stadt Bratislava und den beiden österreichischen Bundesländern finanziert. Bratislava übernimmt die Kosten für die Gestaltung und Update der gemeinsamen Webseite, während die beiden österreichischen Bundesländer die Übersetzungs- und Druckkosten übernehmen.

Die Struktur kann erweitert werden, und die Statuten sehen eine Ausweitung auf ungarische Partner vor, die auch im jährlichen Tätigkeitsplan 2024 der Strategie Bratislava 2030 (MIB 2022) enthalten war. Die geografische Ausdehnung der BAUM-Initiative auf Ungarn wurde bereits in die Ziele des dritten Projekts aufgenommen, das zwischen 2021 und 2022 durchgeführt wurde, aber die Arbeitsgemeinschaft hat die ungarischen Partner noch nicht einbezogen. Der Expansionsprozess wurde auch durch das Projekt #ACCESS angeregt (unterstützt durch das Interreg-VI-A-Programm Ungarn-Slowakei), mit dem ein strukturierter Rahmen für die grenzüberschreitende Entwicklung funktionaler städtischer Gebiete entlang der ungarisch-slowakischen Grenze geschaffen werden soll.

Wie Ján Mazúr, Chefstrateg der Stadt Bratislava, es auf dem ersten Workshop des Projekts "Resilient Borders" zusammenfasste, zielt die Erweiterung darauf ab, die Rahmenbedingungen für den Informationsaustausch und die Interessenvertretung der Grenzgänger zu schaffen.

Das vorliegende Dokument soll die Auswahl der geeigneten institutionellen Form für die erweiterte Initiative erleichtern.

Grundsätze

Bei der Gestaltung einer Governance-Lösung einer grenzüberschreitenden Initiative sind folgende Grundsätze zu beachten:

Relevanz – Die gewählte Lösung sollte für die ihr übertragenen Aufgaben relevant sein. Dies bedeutet, dass die Mitglieder über die entsprechenden Zuständigkeiten und ein Delegationsrecht verfügen sollten. Angesichts der unterschiedlichen Verwaltungssysteme der drei Länder und der unterschiedlichen Zuständigkeiten von Institutionen auf verschiedenen Ebenen könnte dieser Grundsatz zu einer Multi-Level-Governance-Lösung führen, an der verschiedene Regierungsebenen beteiligt sind. Da jede Region anders ist, können und sollten die Lösungen nicht kopiert werden. In jedem Fall sollten die Gründer ihren eigenen Weg finden.

Reife – Die gewählte Lösung sollte dem Reifestand der Initiative entsprechen. Einige Strukturen erweisen sich als übereilt, wenn eine auf höchster Ebene institutionalisierte Struktur von Partnern aufgebaut wird, die einander nicht kennen. Dies geschah mit mehreren EVTZ-Initiativen entlang der ungarischen Grenze. Institutionalisierung hat in der Regel einen sich entwickelnden Charakter, d. h. in diesem Prozess lohnt es sich, mit einer niedrigeren Ebene zu beginnen. In diesem Zusammenhang lassen sich drei Phasen unterscheiden.

- (1) Auf informeller Ebene fehlen die formalisierten Modelle: die Partner arbeiten ad hoc oder projektbezogen in einem beratenden Format zusammen. Die Zusammenarbeit kann auf einer gemeinsamen (politischen) Erklärung oder einem Partnerschaftsabkommen beruhen, ohne dass ständige Gremien eingerichtet werden. Die Hauptvorteile dieser Lösung sind ihre hohe Flexibilität, die Möglichkeit einer großen (Bürger-)Beteiligung und die Freiheit von Überbürokratisierung. Gleichzeitig fehlt es dem Modell an Stabilität, was die langfristige Nachhaltigkeit und die langfristigen Ziele der strategischen Zusammenarbeit gefährden könnte; und es fehlen klare Leitlinien in Bezug auf Zuständigkeiten, Verantwortungen und Finanzierung.
- (2) Die zweite Stufe der Institutionalisierung ist eine formalisierte Zusammenarbeit ohne Gründung einer juristischen Person. Diese Zusammenarbeit basiert auf einer unterzeichneten Vereinbarung, die die Verantwortlichkeiten und Pflichten der Parteien beschreibt, und ist auf einer grundlegenden Ebene strukturiert. Die Existenz einer offiziellen Vereinbarung und verschiedener Gremien, die mit einer Reihe von Zuständigkeiten ausgestattet sind, bietet Stabilität und Rechenschaftspflicht gegenüber der Struktur. Lose Rahmenbedingungen erfordern keine komplizierten Entscheidungsverfahren und halten den Verwaltungsaufwand auf einem niedrigen Niveau. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit mit einer langfristigen Perspektive versehen. Die größte Herausforderung für diese halbinstitutionellen Formen ist die Finanzierung: die Art und Weise der Finanzierung der Tätigkeiten, des Personals und der Projekte. Dieser Mangel kann die Funktionsfähigkeit der Struktur einschränken: Wenn die Aktivitäten erweitert und durch größere Projekte unterstützt werden, ist eine weitere Institutionalisierung unvermeidlich.
- (3) Der höchste Grad der Institutionalisierung wird durch die Existenz einer unabhängigen juristischen Person repräsentiert. Diese Einrichtung kann je nach dem Grad des Vertrauens zwischen den Parteien, den beteiligten Verwaltungsebenen, den Zuständigkeiten der Gründungsmitglieder, den kulturellen Unterschieden, den bestehenden nationalen Bestimmungen und internationalen Übereinkünften usw. unterschiedliche Rechtsformen erhalten. Die Hauptvorteile dieser Ebene sind Repräsentativität (d. h. die Einrichtung kann die Interessenträger des gesamten grenzüberschreitenden Raums vertreten), Sichtbarkeit (die das Branding und die Identifizierung erleichtert), ein stabilisiertes Budget (die Mitglieder übernehmen die Verantwortung für die Einrichtung sowohl aus politischer als auch aus finanzieller Sicht), die Fähigkeit, weitere von der juristischen Person eingerichtete Einrichtungen zu schaffen und zu betreiben. Gleichzeitig setzt sie ein hohes Maß an Vertrauen zwischen den

Gründungsmitgliedern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund voraus (was ohne eine erfolgreiche Vorgeschichte der Zusammenarbeit unmöglich ist); es entstehen komplexe Verwaltungsverfahren und ein Kompetenzsystem (mit der Gefahr einer übermäßig komplizierten Verwaltung); und je institutionalisierter sie sind, desto größer ist die Chance, eine reine Verwaltungseinrichtung zu werden, ohne Kontakt zu den Bürgern des täglichen Lebens (das Engagement der Bürger wird verringert).

Die Auswahl zwischen den oben genannten Lösungen sollte an den Grad des Engagements der Zusammenarbeit angepasst werden. Zu ehrgeizige Optionen könnten zu einer frühen Enttäuschung und zur Zerstörung des ursprünglichen Vertrauens führen. Zu zögerliche Entscheidungen könnten die Output-Legitimität der Zusammenarbeit verringern, was den Wunsch nach einer Austrittsstrategie unter den Mitgliedern verstärken könnte. Die erfolgreichsten Modelle folgen einem sich entwickelnden Weg, beginnend von der niedrigsten Ebene bis zur höchsten.

Repräsentativität – Die Struktur wird erfolgreicher sein, wenn sie die Interessen und territorialen Zuständigkeiten ihrer Mitglieder klar und konsequent vertritt. Die Gründer können ein bestehendes Leitungsorgan oder eine Beratung mit den Aufgaben im Zusammenhang mit der Struktur beauftragen, aber es wird das Maß an Eigenverantwortung und Engagement reduzieren, auch wenn es erfolgreich ist, Ergebnisse zu liefern. Auch wenn die relevanten territorialen Akteure aus dem Körper ausgeschlossen werden, verliert er seine Energie und Anerkennung. Dementsprechend wird empfohlen, eine Struktur zu schaffen, die auf dem Willen und dem Engagement der potenziellen Gründer basiert und die Ziele der gemeinsamen Mission gut repräsentiert.

Repräsentativität bezieht sich auch auf die angemessene geografische Größe der Organisation. In den 1990er und 2000er Jahren war die Achse Wien-Bratislava ein beliebtes Konzept, um den Rahmen für die Metropole Bratislava zu definieren. Die Forscher betrachteten das funktional homogene Zwillingssgebiet als zukünftigen Entwicklungspol Mitteleuropas (zusammen mit Győr wurde es als „das goldene Dreieck“ bezeichnet), der eine gut strukturierte und enge Zusammenarbeit der öffentlichen und privaten Akteure beider Städte erforderte (Jaššo 2007; CDV 2015).

Das Projekt Jordes, das im Rahmen des Österreich-Slowakei-Programms 2000-2006 kofinanziert wurde, hat gezeigt, dass die Entwicklung des grenzübergreifenden Ballungsraums um die beiden Städte (ergänzt um Győr) die Existenz einer Kooperationsplattform unter Einbeziehung der territorialen Akteure voraussetzt.

Wie Husar und Ondrejíčka (Husar – Ondrejíčka 2017) feststellen, war diese Kooperationsachse Mitte der 2010er Jahre geschwächt worden. Sie verweisen auf das

Beispiel der Wiener Smart-City-Strategie, die das Umland von Bratislava nicht berücksichtigt. Dementsprechend hat Bratislava auch eine eigene Smart-City-Strategie entwickelt.

Im Jahr 2021 entwarfen Ondrejička und sein Team drei Szenarien für die zukünftige räumliche Organisation von Bratislava. Die erste Version umfasst eine kompakte Stadt, die nach und nach ihre internen Territorien für die Entwicklung nutzt und moderne Technologien anwendet, um den inneren Zusammenhalt zu verbessern. Die zweite Version empfiehlt eine polyzentrische Lösung, bei der die verschiedenen Teile der Stadt ihre eigene Rolle und Bedeutung haben und gut miteinander verbunden sind. Das dritte Szenario rückt die Spezialisierung in den Fokus, die den Stadtteilen und ihren Vororten unterschiedliche Rollen bietet.

Wie die Autoren der Strategie Bratislava 2030 festschreiben, ist die Koordination auch innerhalb Bratislavas aufgrund des vielfältigen Charakters und der vielfältigen Interessen der Bezirke und Stadtteile eine Herausforderung. Diese Governance-Situation wird durch die Selbstverwaltungsregion Bratislava, die mehr oder weniger identisch mit dem direkten Einzugsgebiet der Hauptstadt ist, und die grenzüberschreitenden Aspekte der Suburbanisierung weiter erschwert. Um den Fehler der unkontrollierten und unregulierten Wohn- und Raumentwicklung (die man in den östlichen Vororten von Bratislava sehen kann) zu vermeiden, bedarf es einer umfassenden, harmonisierten Steuerung der Stadtentwicklung, die die Realisierung der Infrastrukturprojekte nicht behindert, sondern sie höheren funktionalen Interessen unterordnen kann. Es reicht nicht aus, das Wohlbefinden der Bewohner ohne einen ganzheitlichen Ansatz zu gewährleisten, der ein polyzentrisches Lösungsumfeld begünstigt. Dies ist eine Herausforderung, die ohne Konsultation der Institutionen auf nationaler Ebene nicht gelöst werden kann. Um die harmonisierte Entwicklung des Ballungsraums zu erleichtern, wird in dem Dokument die Einrichtung einer Planungsplattform als Minimumziel empfohlen, die Raumplanungsprojekte über die Verwaltungsgrenzen hinweg koordinieren kann (MIB 2022).

In dieser Hinsicht könnte der derzeitige geografische Geltungsbereich der Arbeitsgemeinschaft baum_cityregion verbessert werden. Die österreichischen Gemeinden, die am stärksten von den Suburbanisierungstendenzen betroffen sind, nehmen nicht an den Entscheidungsprozessen teil, und auch die Gruppe der slowakischen Bürger hat kein Mitspracherecht. Ebenso sollten auch die slowakischen Vororte von Bratislava Teil der Plattform sein.

Wenn wir uns für das Konzept des Großraums Bratislava entscheiden, sollten diese Herausforderungen durch die Governancestruktur beantwortet werden.

Bewährte Praxisbeispiele

Zur Steuerung grenzüberschreitender Ballungsräume nutzen die Interessenträger in der EU je nach Geschichte, Kultur und Rechtsrahmen der betreffenden Länder unterschiedliche Lösungen. Vielleicht ist es Frankreich, das über das größte Instrumentarium für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verfügt. Selten fehlt diesen Lösungen der formalisierte Status wie im Fall der Metropole Nizza Côte d'Azur. Die überwiegende Mehrheit der französischen Einrichtungen ist als unabhängige juristische Personen registriert (MOT 2021). Einige Lösungen stehen im Einklang mit den französischen innerstaatlichen Bestimmungen, andere mit internationalen bilateralen oder multilateralen Übereinkünften auf der Grundlage des sogenannten Madrider Rahmenübereinkommens. Schließlich setzt Frankreich die von der Europäischen Union entwickelten Instrumente aktiv ein.

Der Europarat hat am 21. Mai 1980 das Madrider Rahmenübereinkommen angenommen, das es den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Länder, die das Dokument angenommen haben, ermöglicht, grenzüberschreitende Strukturen zu schaffen. Das Übereinkommen knüpfte diese Möglichkeit an bilaterale zwischenstaatliche Abkommen an. Die französische Regierung unterzeichnete den Vertrag von Rom mit Italien (26. November 1993), den Vertrag von Bayonne mit Spanien (10. März 1995), den Vertrag von Karlsruhe mit Deutschland, Luxemburg und der Schweiz (23. Januar 1996) und den Vertrag von Brüssel mit Belgien (16. September 2002), um die Einrichtung solcher Strukturen in verschiedenen Formaten zu ermöglichen. Das gemeinsame Merkmal dieser Strukturen besteht darin, dass es sich um juristische Personen handelt, die als grenzüberschreitende lokale Gruppierungen (Groupement local de cooperation transfrontalière, GLCT) registriert sind (z. B. der Greater Geneva GLCT und die Urban Agglomeration of Doubs GLCT mit der Schweiz, die belgisch-französische Lille Eurometropolis GLCT), die einen öffentlich-rechtlichen Status haben; privatrechtliche Vereinigungen (z. B. die Trinationale Eurometropole Basel mit der Schweiz) oder Consorcios (z. B. die Pyrenäen-Arbeitsgemeinschaft und der Consorcio Bidasoa-Txingudi mit Spanien) (MOT 2021).

Eines der am häufigsten genannten guten Beispiele ist der Trinationale Eurobezirk Basel, der über eine ausgeklügelte Multi-Level-Governance-Struktur verfügt. Der Beginn der Zusammenarbeit geht auf den Bau des Flughafens Basel in Frankreich im Jahr 1946 zurück. Die Regio Basiliensis, die später zu einem Modell für viele grenzüberschreitende Euroregionen wurde, wurde 1963 gegründet. Der Eurobezirk wurde 2007 nach französischem Recht gegründet und umfasst 83 der 250 Gemeinden, die zur grenzüberschreitenden suburbanen Zone Basel gehören. Das wichtigste Entscheidungsgremium ist die Generalversammlung des Vereins, die sich aus den

Vertretern der 85 Mitglieder zusammensetzt (darunter Kantone, Kommunen, Regionalverbände und unter anderem die Region Grand Est aus Frankreich). Die Koordinationsaufgaben werden vom Verwaltungsrat durchgeführt, darunter 9 gewählte Personen pro Land und der Beirat mit 20 schweizerischen, 15 deutschen und 15 französischen Mitgliedern. Das Verwaltungszentrum in Frankreich verwaltet die tägliche Arbeit des Eurobezirks und die Aktivitäten der Arbeitsgruppen. Das Bild wird durch das IBA-Projekt (Internationale Bauausstellung) kompliziert, bei dem Akteure aus den drei Ländern zusammenkommen, um gemeinsame Entwicklungsideen und -projekte zu starten; Und das Projekt 3Land, das Investitionen über den Rhein in drei Ländern nach einem harmonisierten Raumordnungsplan umfasst. Beide langfristigen Projekte verfügen über eigene Managementstrukturen innerhalb der Verwaltungsstruktur des Eurobezirks. Dank des Förderprogramms des Bundes für Ballungsräume können Investitionen innerhalb und um Basel auch über die Landesgrenzen hinaus gefördert werden.

Abbildung 8 – Struktur des Trinationalen Eurobezirks von Basel

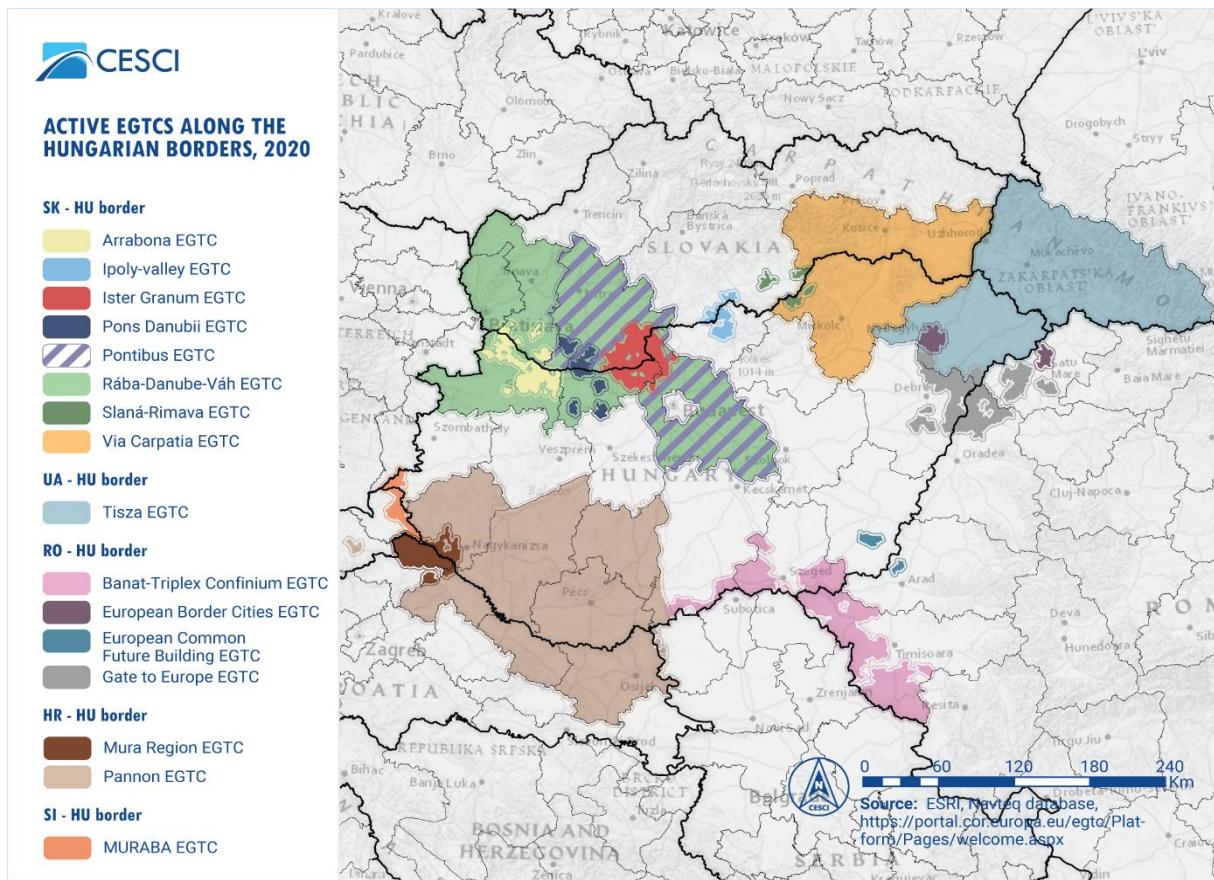


Quelle: <https://www.eurodistrictbasel.eu/fr/>

In vielen Fällen wurden diese Strukturen in EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) umgewandelt, die die fortschrittlichste Institution der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist (wie im Fall des Eurobezirks Straßburg-Ortenau und des Eurobezirks PAMINA mit Deutschland). Ein EVTZ ist eine unabhängige juristische Person, die in allen von ihren Mitgliedern vertretenen Ländern anerkannt ist und Mitarbeiter von beiden Seiten der Grenze direkt einstellen kann. Er kann Einrichtungen und gemeinnützige Unternehmen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen einrichten, deren Tarife von den Entscheidungsgremien des Zusammenschlusses festgelegt werden können usw. Der EVTZ der Größeren Region, der Gebiete aus Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg abdeckt, verwaltet den Interreg-Fonds im Gebiet des Zusammenschlusses, was seine Zusammenarbeit in Luxemburg sehr effektiv macht.

Sein unabhängiger Status macht dieses Instrument mit seinem eigenen Budget sehr anpassungsfähig an unterschiedliche Bedürfnisse. 29 der 91 bisher eingerichteten EVTZ (32 %) haben französische Mitglieder. Ungarn und die Slowakei befürworten ebenfalls diese Lösung: Die Zahl der bisher mit ungarischer Beteiligung gegründeten Verbünden beträgt 26 und mit slowakischer Beteiligung 19 Verbünde. Darüber hinaus ist die slowakisch-ungarische Grenze die am häufigsten von EVTZ frequentierte EU-Binnengrenze. In Ungarn richtete die Regierung einen separaten Fonds für die Betriebskosten der Verbünde mit einem Jahresbudget von einer halben Million Euro ein, was eine große Motivation für die Gründung von Verbünden ist. Die Zuschüsse werden auf der Grundlage einer Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen entsprechend der Leistung der Verbünde verteilt, die Innovationen in der territorialen Zusammenarbeit fördern. Zwei der slowakisch-ungarischen EVTZ verwalten den Kleinprojektfonds des einschlägigen Interreg-CBC-Programms, und sieben von ihnen setzen zwischen 2025 und 2029 integrierte Aktionspläne zur Entwicklung grenzüberschreitender touristischer Destinationen um.

Abbildung 9 – EVTZ in Ungarn



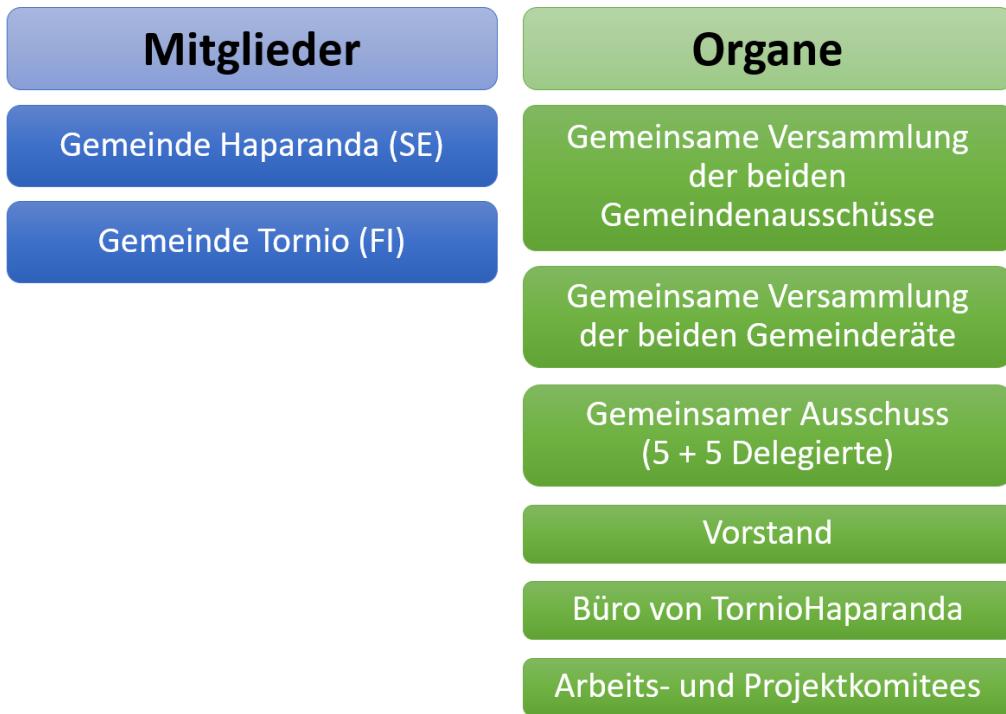
In Österreich ist der EVTZ in den letzten fünf Jahren zu einem immer populäreren Instrument geworden, als fünf der bestehenden acht Verbünde mit österreichischer Beteiligung gegründet wurden. Ihr gemeinsames Merkmal ist, dass ihnen eine langfristige, weniger institutionalisierte Zusammenarbeit vorausgegangen war. Der EVTZ Tirol-Südtirol-Trentino Europaregion wurde 2011 von den seit 1998 kooperierenden Bundesländern gegründet. Der EVTZ Euroregio Connect (2021) umfasst die regionalen touristischen Marketingzentren desselben Gebiets. Der Wissenschaftsverbund EVTZ wurde 2022 von 25 tertiären Bildungseinrichtungen rund um den Bodensee gegründet, wo die Internationale Bodenseekonferenz seit 1972 das integrierte Management des ökologischen und historischen Vermögens der betroffenen vier Länder stärkt. Der Geopark Karawanken EVTZ verwaltet den gemeinsam mit Slowenien eingerichteten grenzüberschreitenden Geopark. Der Verbund wurde eingerichtet, um die gemeinsame Verwaltung des grenzüberschreitenden geologischen Erbes zu gewährleisten, das zuvor von den Partnern getrennt verwaltet wurde. Der jüngste österreichisch Verbund ist der B&GRAD EVTZ, der die historische Doppelstadtkooperation von Bad Radkersburg und dem slowenischen Gornja Radgona auf ein höheres Niveau hebt. Andere ähnliche

Initiativen, die keine so lange Vorgeschichte hatten, wie die “24 Cities” und der EVTZ Neusiedlersee-Fertő, scheiterten.

Die skandinavischen Länder bevorzugen keine formalisierten Lösungen. Die Zahl der EVTZ, an denen sie teilnehmen, ist äußerst gering: Nur zwei EVTZ haben skandinavische Mitglieder. Stattdessen beruht die Zusammenarbeit in den nordischen Ländern auf eher losen Kooperationsvereinbarungen zur Schaffung euroregionsähnlicher Strukturen und konzentriert sich auf pragmatische gemeinsame Projekte.

Die Zusammenarbeit zwischen dem finnischen Tornio und der schwedischen Haparanda begann in den 1960er Jahren und führte zu Projekten wie der gemeinsamen zweisprachigen Grundschule, dem gemeinsamen Reisezentrum, einem grenzüberschreitenden Golfplatz, einem gemeinsamen Abwassersystem, einem gemeinsamen grenzüberschreitenden Fernwärmesystem usw. Die beiden Städte unterzeichneten 1987 einen Kooperationsvertrag, mit dem die Provincia Bothniensis ohne Rechtspersönlichkeit gegründet wurde. Die Zusammenarbeit wurde in TornioHaparanda (FI) und HaparandaTornio (SE) umbenannt, und die Struktur wurde komplizierter, aber der Grad der Institutionalisierung hat sich nicht geändert. Die Führungsgruppen der beiden Gemeinden treffen sich 2 bis 3 Mal im Jahr. Die Leitungsgremien der beiden Gemeinden organisieren jährlich eine gemeinsame Sitzung. Das Koordinierungsgremium besteht aus 5 finnischen und 5 schwedischen Mitgliedern, die von den Gemeinderäten delegiert werden. Die tägliche Arbeit wird vom gemeinsamen Büro verwaltet, dessen Arbeitnehmer getrennt beschäftigt und finanziert werden. Ihre Aktivitäten werden von Entwicklungs- und Projektkomitees unterstützt. Das System ist der Struktur baum_cityregion sehr ähnlich.

Abbildung 10 – Struktur der Städtepartnerschaft TornioHaparanda



Quelle: www.tornio.fi

Ebenso wurde Greater Copenhagen, das die größte Metropolregion Skandinaviens abdeckt, von zwei schwedischen und zwei dänischen Regionen und 85 lokalen Gemeinden (46 dänische, 39 schwedische) in diesen Regionen ohne Rechtspersönlichkeit gegründet. Historisch gesehen bedeutete Greater Copenhagen die suburbane Region der dänischen Hauptstadt innerhalb der nationalen Grenzen. Die Eröffnung der Öresundbrücke im Jahr 2000 hat die geopolitische und sozioökonomische Lage um Kopenhagen grundlegend verändert und zur Gründung des bilateralen Öresund-Ausschusses geführt. Aufgrund des bemerkenswerten Integrationsprozesses in der Öresundstraße wurden Greater Copenhagen und der Öresund-Ausschuss 2016 in der derzeitigen Struktur zusammengeführt. Im Jahr 2024 wurde eine neue Satzung angenommen, aber der politische Charakter der Zusammenarbeit blieb bestehen. Der Vorsitz setzt sich aus den Vertretern der vier Regionen und der Stadt Kopenhagen zusammen, und sein Vorsitz wechselt zwischen den beiden Ländern. Dem Verwaltungsrat gehören die Mitglieder des Vorsitzes und weitere 13 Mitglieder an, die die Regionen und Mitgliedsgemeinden vertreten. Die Entscheidungen des Verwaltungsrats werden vom Lenkungsausschuss vorbereitet und durchgeführt, der sich aus Direktoren (technische Ebene) der im Verwaltungsrat vertretenen Regionen und Gemeinden zusammensetzt. Das Sekretariat wird von Kopenhagen geleitet, das aus sieben Beratern besteht. Das Sekretariat organisiert die Sitzungen der verschiedenen Gremien; verwaltet

die Arbeit der monatlichen Sitzung der Koordinierungsgruppe; organisiert eine Konferenz pro Jahr; und verwaltet die Fonds der gemeinsamen Struktur. Der tägliche Betrieb wird durch das Greater Copenhagen Committee finanziert, an das die Mitglieder den Mitgliedsbeitrag zahlen.

Abbildung 11 – Struktur des Greater Copenhagen Committee



Quelle: <https://www.greatercph.com/>

Greater Copenhagen ist weltweit bekannt für seine führende Rolle in den Bereichen grüne Energie, Kreislaufwirtschaft, technologische Innovation (mit besonderem Schwerpunkt auf Gesundheit) und Unternehmensintegration, aber diese Aktivitäten werden durch Projektpartnerschaften und Netzwerke verwaltet.

Dieses Modell steht auch ganz in der Nähe der Initiative baum_cityregion, verfügt jedoch über Mitgliedsbeiträge, was einen größeren Spielraum für die Finanzierung der Aktivitäten gewährleistet; und die lokalen Bürgermeister in die Entscheidungsprozesse einbezieht, was die Interessenvertretung, Eigenverantwortung und die Identifizierung verbessert.

Aktionsplan

Interventionslogik

Abbildung 12 – Die Interventionslogik des Aktionsplans

Allgemeines Ziel	Schaffung der Voraussetzungen für eine integrierte Entwicklung der Metropolregion Bratislava			
Spezifische Ziele	SO_1 Verbesserung der Bedingungen für eine integrierte Planung und Entwicklung rund um Bratislava	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums	SO_3 Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Dreiländereck	SO_4 Schaffung des Governance-Rahmens für die trilaterale grenzübergreifende Metropolregion von Bratislava
Maßnahmen	A_1.1 Grenzüberschreitende Datenbank der Metropolregion von Bratislava	A_2.1 Integrierter Verkehrs-Masterplan der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava	A_3.1 Der Mikroprojektfonds des Großraums von Bratislava	A_4.1 Das Governance-Modell der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava
	A_1.2 Integrierte räumliche Perspektive für die grenzüberschreitende Metropolregion von Bratislava	A_2.2 Integriertes Tarifsystem der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava	A_3.2 Bürgerrat des Großraums von Bratislava	
	A_1.3 Einrichtung einer grenzüberschreitenden Planungsplattform	A_2.3 Grenzüberschreitende Integration von Gesundheitsdienstleistungen rund um Bratislava	A_2.4 Bildungsforum der grenzüberschreitenden Metropolregion Bratislava	A_2.5 Mehrsprachigkeit im Grenzgebiet

Das allgemeine Ziel des Aktionsplans ist die integrierte Entwicklung des grenzüberschreitenden Ballungsraums der slowakischen Hauptstadt. Die Verwirklichung dieses Ziels wird durch vier spezifische Ziele unterstützt, die sich auf die integrierte Planung, die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und die Einrichtung einer geeigneten trilateralen Verwaltungsstruktur beziehen. Die spezifischen Ziele decken alle Aspekte ab, die für die grenzüberschreitende Integration der Metropolregion relevant sind, und bereiten die Entwicklung der Marke Greater Bratislava vor.

Die Maßnahmen spiegeln die in den Workshops ermittelten Herausforderungen wider, decken jedoch nicht alle potenziellen Themen ab. Für die künftige Zusammenarbeit werden in den Maßnahmen die Themenbereiche Raumplanung, grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen (mit besonderem Schwerpunkt auf Verkehr, Bildung und Gesundheit), sozialer Zusammenhalt und regionales Branding ermittelt.

Maßnahmen

Bezeichnung der Maßnahme	A_1.1 Grenzüberschreitende Datenbank der Metropolregion von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_1 Verbesserung der Bedingungen für eine integrierte Planung und Entwicklung rund um Bratislava
Inhalt der Maßnahme	<p>Im Rahmen der Maßnahme wird die statistische Datenbank des grenzüberschreitenden Ballungsraums von Bratislava entwickelt. In einem ersten Schritt wird eine Metadatentabelle von den Vertretern der Stadt Bratislava, der Selbstverwaltungsregion Bratislava, der Bundesländer Niederösterreich und Burgenland sowie des Komitats Győr-Moson-Sopron unter Einbeziehung der drei nationalen statistischen Ämter erstellt. Die lokalen und regionalen Akteure werden die wichtigsten Daten ermitteln, die sie für ihre gemeinsamen Entwicklungsbemühungen benötigen.</p> <p>Die Datenbank wird von den statistischen Ämtern erstellt und angezeigt. In Bezug auf grenzüberschreitende Bewegungen soll die Primärdatenerhebung in das Projekt einbezogen werden.</p> <p>Die größte Herausforderung wird die Pflege und Aktualisierung der Datenbank sein, die bemerkenswerte finanzielle Ressourcen erfordert.</p> <p>Die Datenbank wird online verfügbar sein und mit einem Datensuchwerkzeug ausgestattet sein. Die Wartung umfasst auch die Veröffentlichung von Analysen und Berichten, die von den Forschungsinstituten und den Universitäten in der Metropolregion geliefert werden könnten. Die Zusammenarbeit mit der CentropeMap-Initiative ist unausweichlich.</p>
Mögliche Finanzierung	ESPON und Interreg
Partner	Stadt Bratislava, Statistisches Amt der Slowakei, Ungarisches Statistisches Zentralamt, Statistik Austria, Selbstverwaltungsregion Bratislava, Land Niederösterreich, Land Burgenland, Komitat Győr-Moson-Sopron
Erwartete Ergebnisse	Durchsuchbare digitale statistische Datenbank mit Daten über das Dreiländeregebiet, einschließlich grenzüberschreitender Bewegungen

Bezeichnung der Maßnahme	A_1.2 Integrierte räumliche Perspektive für die grenzüberschreitende Metropolregion von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_1 Verbesserung der Bedingungen für eine integrierte Planung und Entwicklung rund um Bratislava
Inhalt der Maßnahme	<p>Ziel der Maßnahme ist, ein umfassendes Dokument zur räumlichen Diagnose und Planung vorzulegen, in dem auf die vielfältigen Herausforderungen verwiesen wird, die sich aus den grenzüberschreitenden Suburbanisierungsprozessen um Bratislava ergeben. Die räumliche Perspektive bestimmt die Grenzen des Planungsgebiets mit externen Verweisen auf die Achse Wien-Bratislava und die Region Centrope; die großen Herausforderungen des Suburbanisierungsprozesses und die großstädtischen Ambitionen der slowakischen Hauptstadt; die langfristige räumliche Vision für den grenzüberschreitenden Raum; die Grundsätze der Flächennutzung im Einklang mit den nationalen, regionalen und lokalen Bestimmungen; und die Interventionsbereiche.</p> <p>Das Dokument muss mit dem bestehenden österreichischen (z. B. ÖREK 2030 – Raum für Wandel; Stadtregion+ usw.), Slowakisch (Bratislava 2030; PHSR der Region Bratislava usw.) und Ungarisch (Nationales Entwicklung- und Territoriales Entwicklungskonzept; Territoriales Entwicklungskonzept des Komitats Győr-Moson-Sopron 2021-2027 usw.) Raumplanungsbestimmungen, Planungsdokumente und -konzepte.</p> <p>Der Planungsprozess setzt die aktive Beteiligung der relevanten territorialen Akteure und Behörden, der Entwicklungsagenturen und der Universitäten der Metropolregion sowie den Zugang zu Daten voraus (siehe: Maßnahme A_1.1).</p> <p>Die Planungsmaßnahme sollte von der Stadt Bratislava koordiniert werden und die Vertreter der Zivilgesellschaft einbeziehen, insbesondere diejenigen, die vom Suburbanisierungsprozess betroffen sind (z. B. Grenzpendler, Vertreter der über die Grenze lebenden Slowaken, Bürgermeister und Zivilverbände des suburbanen Gebiets usw.).</p> <p>Der Prozess umfasst die folgenden Aktivitäten: i) Analyse der bestehenden lokalen und räumlichen Entwicklungspläne (einschließlich Masterpläne) und Strategien; ii) Analyse der von den nationalen statistischen Ämtern entwickelten Statistiken; iii) Konsultationsverfahren: eine Reihe von Expertenworkshops zur Ermittlung der unterschiedlichen nationalen, regionalen und lokalen Zuständigkeiten und Vorschriften im</p>

	Zusammenhang mit der Raumplanung; iv) Gestaltung von Workshops zur Festlegung der räumlichen Vision des grenzüberschreitenden Ballungsraums; v) Planung; vi) Konsultation der Akteure der Zivilgesellschaft; vii) Fertigstellung der räumlichen Perspektive; Annahme des Dokuments durch die lokalen und regionalen Entscheidungsgremien.
Mögliche Finanzierung	ESPON, Interreg, nationale Fonds
Partner	Stadt Bratislava, Selbstverwaltungsregion Bratislava, Land Niederösterreich, Land Burgenland, Komitat Győr-Moson-Sopron, Regionalentwicklungsagenturen, relevante Universitäten, zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem grenzüberschreitenden Ballungsraum
Erwartete Ergebnisse	Räumliche Perspektive der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava

Bezeichnung der Maßnahme	A_1.3 Einrichtung einer grenzüberschreitenden Planungsplattform
Spezifisches Ziel	SO_1 Verbesserung der Bedingungen für eine integrierte Planung und Entwicklung rund um Bratislava
Inhalt der Maßnahme	<p>In den letzten strategischen Dokumenten der Stadt Bratislava wird die Notwendigkeit einer Planungsplattform hervorgehoben, die die relevanten territorialen Akteure und Behörden aus der Slowakei, Österreich und Ungarn in die künftige Gestaltung des grenzüberschreitenden Ballungsraums einbezieht.</p> <p>Um die umfassende Gestaltung (Planung), die Anpassungsfähigkeit (Entscheidungsfindung) und die Anerkennung (Legitimität) der neuen räumlichen Perspektive von Bratislava zu gewährleisten, soll der Verwaltungsrahmen geschaffen werden.</p> <p>Dieser Verwaltungsrahmen sollte während der Durchführung der Maßnahme A_1.2 eingerichtet und jahrzehntelang beibehalten werden, um die Harmonisierung unterschiedlicher räumlicher Interessen zu gewährleisten, die sich im grenzüberschreitenden Raum abzeichnen.</p> <p>Im Rahmen der Maßnahme wird die Planungsplattform (eine Einrichtung ohne juristische Persönlichkeit) eingerichtet und betrieben. Die Plattform sollte in den umfassenden Governance-Rahmen der Metropolregion integriert werden.</p>
Mögliche Finanzierung	ESPON, Interreg, nationale Fonds
Partner	Stadt Bratislava, Selbstverwaltungsregion Bratislava, Land Niederösterreich, Land Burgenland, Komitat Győr-Moson-Sopron, Regionalentwicklungsagenturen
Erwartete Ergebnisse	Die grenzüberschreitende Planungsplattform von Bratislava

Bezeichnung der Maßnahme	A_2.1 Integrierter Verkehrs-Masterplan der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums
Inhalt der Maßnahme	<p>Die Maßnahme befasst sich mit der Komplexität der Herausforderungen im Verkehrsbereich über die Grenzen der slowakischen Hauptstadt hinweg. Diese Komplexität umfasst die infrastrukturellen Aspekte, den Ausbau des Verkehrsnetzes über die Landesgrenzen hinaus und die Integration der Dienste gepaart mit einer Governance-Lösung.</p> <p>Um den Herausforderungen des grenzüberschreitenden Verkehrs zu begegnen, beginnt der Entwurfsprozess mit einer Bedarfsanalyse, die die Erwartungen der Pendler widerspiegelt und während der Ausarbeitung der Raumdiagnose realisiert werden kann (siehe Maßnahme A_1.2). Parallel dazu sollen die vorhandenen Kapazitäten und die Verkehrspläne der betroffenen Regionen analysiert werden. Der Entwurfsprozess erfordert die Einbeziehung der nationalen Verkehrsbehörden und der relevanten Unternehmen.</p> <p>Die Maßnahme umfasst die Diagnose, die Ermittlung der Vermögenswerte und Ressourcen, die Untersuchung bestehender bewährter Verfahren und Lösungen, die Gestaltung der grenzüberschreitenden integrierten Verkehrsdienste und den Governance-Rahmen für den Betrieb des Systems.</p>
Mögliche Finanzierung	Interreg-, EU- und nationale Verkehrsfonds
Partner	Dopravný podnik Bratislava, Železničná spoločnosť Slovensko, ÖBB, MÁV Csoport, GYSEV – Raaberbahn, BID (Bratislavská integrovaná doprava), VOR Verkehrsverbund Ost-Region, NÖVOG, VBB Verkehrsbetriebe Burgenland, NÖ.Regional, Mobilitätszentrale Burgenland, Stadt Bratislava, Bratislavský parkovací asistent, Land Niederösterreich, Land Burgenland
Erwartete Ergebnisse	Verkehrsmasterplan der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava

Bezeichnung der Maßnahme	A_2.2 Integriertes Tarifsystem der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums
Inhalt der Maßnahme	<p>Ziel der Maßnahme ist die Entwicklung eines integrierten Tarifsystems für das gesamte Gebiet der grenzüberschreitenden Metropolregion. Diese Lösung ermöglicht den Pendlern, das gleiche Ticket oder den gleichen Pass innerhalb des Grenzgebiets in einem Zonensystem zu verwenden und unterschiedliche Ermäßigungen anzuwenden. Die Maßnahme umfasst auch die Harmonisierung der Zeitpläne.</p> <p>Durch die Entwicklung des Systems wird die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel attraktiver.</p> <p>Um die Möglichkeiten zu ermitteln und die Finanzierungsmethoden und den Anteil der Belastungen und Einkommen zu vereinbaren, beginnt die Durchführung der Maßnahme mit Konsultationen zwischen den Dienstleistern.</p> <p>Anschließend entwerfen die Experten die Linien und definieren die Zonenbereiche.</p> <p>Schließlich unterzeichnen die Dienstleister die Vereinbarung über die Dienstleistungen.</p>
Mögliche Finanzierung	EU- und nationale Verkehrsfonds
Partner	Dopravný podnik Bratislava, Železničná spoločnosť Slovensko, ÖBB, MÁV Csoport, GYSEV – Raaberbahn, BID (Bratislavská integrovaná doprava), VOR Verkehrsverbund Ost-Region, NÖVOG, VBB Verkehrsbetriebe Burgenland, NÖ.Regional, Mobilitätszentrale Burgenland, Stadt Bratislava, Land Niederösterreich, Land Burgenland
Erwartete Ergebnisse	Integriertes Tarifsystem der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava

Bezeichnung der Maßnahme	A_2.3 Grenzüberschreitende Integration von Gesundheitsdienstleistungen rund um Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums
Inhalt der Maßnahme	<p>Das Projekt soll das erste diagnostische Projekt der HealthAcross-Initiative folgen, das zwischen 2008 und 2010 durchgeführt wurde. Die Maßnahme umfasst eine Bestandsaufnahme der Einrichtungen sowie der derzeitigen und künftigen Kapazitäten der im Dreiländereck tätigen Gesundheitseinrichtungen. Die aktuelle Analyse wird die parallelen und komplementären Ausstattungen und Dienstleistungen sowie die Unvollkommenheiten bei der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten aufzeigen.</p> <p>Die zweite Aktivität wird eine Übersicht über die gesundheitlichen Bedingungen der Bewohner der Metropolregion umfassen, die die dringendsten und zukünftigen Herausforderungen aufzeigen wird, die die Interventionen bewältigen müssen.</p> <p>Schließlich wird der Plan für die Integration der Dienste von den einschlägigen Akteuren des Grenzgebiets zusammengestellt und erörtert.</p> <p>Dank der bisherigen Bemühungen werden die grenzüberschreitenden Notdienste in den kommenden Jahren harmonisiert. Folglich muss diese Komponente nicht in die Maßnahme einbezogen werden.</p>
Mögliche Finanzierung	Interreg, EU4Health
Partner	Gesundheitsbehörden der Slowakei, Ungarns und der beiden österreichischen Bundesländer, in der Region tätige Krankenhäuser, nationale und regionale Rettungsdienste
Erwartete Ergebnisse	Räumliche Diagnose potenziell gemeinsam genutzter Dienste; Bewertung der gesundheitlichen Bedingungen und der größten Bedrohungen für die Bewohner des grenzüberschreitenden Ballungsraums

Bezeichnung der Maßnahme	A_2.4 Bildungsforum der grenzüberschreitenden Metropolregion Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums
Inhalt der Maßnahme	<p>Die Herausforderung, auf die mit der Maßnahme reagiert werden soll, ist die sehr junge Altersstruktur der Metropolregion. Viele junge Familien sind in die Vororte gezogen, in denen Kinder eine hochwertige Bildung benötigen. In jedem Ballungsraum erwarten die Bürger, die von der Stadt in das Land ziehen, mehr Grünflächen, eine freundlichere und ruhigere Umgebung, aber die gleichen Dienstleistungen wie im Stadtzentrum. Dies gilt umso mehr für die Bildung: Die Eltern wollen die bestmögliche Schulbildung für ihre Kinder sicherstellen.</p> <p>Die Primar- und Sekundarschulen in Bratislava stehen aufgrund der hohen Geburtenrate in der Stadt und der Altersstruktur der Einwanderer vor Kapazitätsproblemen. Einige Gemeinden in der Umgebung von Bratislava haben aufgrund der sinkenden traditionellen Bevölkerung und des mangelnden Interesses an den örtlichen Schulen im Namen der neuen Bewohner Schwierigkeiten, ihre Institutionen am Leben zu erhalten. Andere haben im Gegenteil Probleme mit dem hohen Interesse, das die Erweiterung des Personals erfordert, das teilweise von der Gemeinde eingestellt und finanziert wird.</p> <p>Dieses komplexe Problem wird in den nächsten Jahren nicht verschwinden. Dementsprechend sollten die Experten und Entscheidungsträger der drei Bildungssysteme ein Forum einrichten, in dem sie ihre Erfahrungen und Meinungen austauschen und mögliche Interventionen und Kooperationsinitiativen ermitteln können, mit denen die oben genannten Herausforderungen angegangen werden können. Das Forum wäre eine eher lose Kooperationsplattform, die höchstens zweimal im Jahr einberufen wird, könnte aber den Austausch von Lehrern und Schülern und die Entwicklung grenzüberschreitender Lehrpläne erleichtern, die die derzeitige Situation mit einem stärker integrierten grenzüberschreitenden Bildungsraum überbrücken können.</p> <p>Außerdem ist das Forum eine geeignete Plattform, um die Entwicklung eines zweisprachigen Bildungssystems rund um Bratislava zu gestalten.</p>
Mögliche Finanzierung	Interreg, Erasmus+

Partner	Landes- und Regionalbildungsbehörden; Vertreter der Schulen im grenzüberschreitenden Ballungsraum; Bildungsexperten
Erwartete Ergebnisse	Grenzüberschreitendes Bildungsforum von Bratislava; Mini-Erasmus-Programm für Lehrer, Schüler und Klassen; grenzüberschreitende Lehrpläne an Sekundarschulen zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität

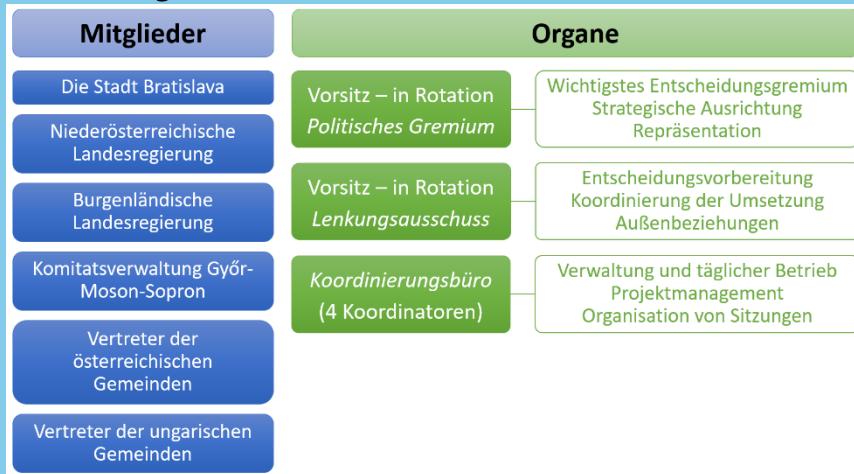
Bezeichnung der Maßnahme	A_2.5 Mehrsprachigkeit im Grenzgebiet
Spezifisches Ziel	SO_2 Erleichterung der funktionalen Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums
Inhalt der Maßnahme	<p>Eine der größten Herausforderungen bei der Integration des grenzüberschreitenden Ballungsraums ist das mehrsprachige Umfeld. Das Bild ist sehr komplex. Einerseits gibt es die drei Amtssprachen, deren Beherrschung zu einem bestimmten Grad unausweichlich ist, sobald jemand über die Grenze hinweg umzieht. Ebenso müssen die Sprachkenntnisse der örtlichen Beamten ausgebaut werden, um die Kommunikation mit den neuen Bewohnern zu erleichtern. Auf der anderen Seite gibt es verschiedene kulturelle Muster, die aus der Vergangenheit geerbt wurden. Aufgrund des Vermächtnisses der deutschsprachigen Minderheit und des Zugangs zu den österreichischen Fernsehsendern bereits in der kommunistischen Ära sprechen auf ungarischer Seite sehr viele Menschen Deutsch, auch in den örtlichen Gemeindeämtern. Die neuen slowakischen Einwohner sprechen lieber Englisch. In Österreich ist die Verwendung der Amtssprache von den neuen Bewohnern erforderlich, und sie bevorzugen es, Deutsch zu lernen, was als Vorteil angesehen wird. Gegenteilig wird das Ungarischlernen der Slowaken durch historische Probleme und Vorurteile gehemmt. Die Situation wird durch die recht großen kroatischen Gemeinschaften im Dreiländereck weiter differenziert, die eine slawische Sprache sprechen, die für die Slowaken relativ leicht verständlich ist.</p> <p>Die rasche Verbreitung von KI-Lösungen im Bereich der Mehrsprachigkeit wird die grenzüberschreitende Kommunikation erleichtern, aber persönliche Begegnungen und reibungslose Diskussionen werden weiterhin das Erlernen von Fremdsprachen erfordern, was immer mit dem Kennenlernen einer anderen Kultur verbunden ist. Dementsprechend werden im Rahmen der Maßnahme interaktive Sprachkurse unterstützt, bei denen Vertreter verschiedener Kulturen zusammenkommen können; Druck und Online-Veröffentlichung von dreisprachigem Material im Zusammenhang mit Wohnvorschriften, sozialen Rechten, Verkehrsregeln usw.; und die dreisprachige Kommunikation in Gastronomie und Gaststättengewerbe.</p>
Mögliche Finanzierung	Interreg, nationale, regionale und lokale Finanzierung
Partner	Sprachschulen, lokale und regionale Behörden, Restaurants, Hotels
Erwartete Ergebnisse	Dreisprachige Publikationen, Sprachkurse, dreisprachige Menüs

Bezeichnung der Maßnahme	A_3.1 Der Mikroprojektfonds des Großraums von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_3 Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Dreiländereck
Inhalt der Maßnahme	<p>Die Integration neuer Bewohner ist überall eine Herausforderung. Grenzüberschreitende Wohnmobilität führt jedoch aufgrund der Begegnung verschiedener Sprachen und Kulturen zu zusätzlichen Schwierigkeiten. Um die Trennwirkungen zu verringern und Begegnungen und gegenseitige Annäherung zu fördern, können Mikroprojekte, die von lokalen Bürgern, Vereinen, Schulen, Kultureinrichtungen usw. angeregt werden, eine entscheidende Rolle spielen.</p> <p>Mikroprojekte in Höhe von 500 bis 5000 EUR können die Kosten im Zusammenhang mit Sitzungen, Workshops, kleinen Festivals, Austauschveranstaltungen, Ausstellungen, Trainings, Studienbesuchen usw. decken und erfordern keine bemerkenswerten Ressourcen seitens der Projektträger. Mit einem Zuschuss von 50.000 Euro pro Jahr können sogar 50-70 Mikroprojekte unterstützt werden, die das gesamte Grenzgebiet beleben könnten.</p> <p>Die Maßnahme umfasst die Entwicklung der Finanzhilferegelung, ihres Online-Antragspakets, der Leitfäden, der Bewertungs raster, der Berichterstattungs- und Überwachungsvorschriften und der Einrichtung des Leitungsorgans.</p>
Mögliche Finanzierung	Beiträge der Mitglieder
Partner	Die Stadt Bratislava, die Länder Burgenland und Niederösterreich, das Komitat Győr-Moson-Sopron
Erwartete Ergebnisse	Ein operativer Beitrag zur Unterstützung Dutzender kleiner grenzübergreifender Tätigkeiten

Bezeichnung der Maßnahme	A_3.2 Bürgerrat des Großraums von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_3 Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Dreiländereck
Inhalt der Maßnahme	<p>Die Bürgerräte stärken den Geist der Verantwortung und Teilhabe und ermöglichen die räumliche Identifizierung. Die grenzüberschreitende Metropolregion von Bratislava umfasst mehr als 600.000 Menschen, deren Probleme, Bedürfnisse und Erwartungen heute nicht analysiert werden. Dies sind jedoch die Bewohner der Grenzregionen, für die die gewählten Gremien arbeiten.</p> <p>Im Rahmen der Maßnahme werden drei Bürgerräte in den drei Ländern und ein weiterer gemeinsamer Rat in Bratislava organisiert, in dem die Ergebnisse der drei Räte zusammengefasst werden.</p> <p>Die Auswahl der Teilnehmer kann über einen offenen Online-Aufruf erfolgen. Jeder „nationale“ Rat umfasst 50 bis 60 Teilnehmer, die die ursprünglichen und die neuen Bewohner vertreten. Die ersten drei Räte zielen darauf ab, die potenziellen lokalen Konflikte, ihre Lösungen, die Bedürfnisse der beiden Segmente der lokalen Bevölkerung und die Erwartungen an die grenzüberschreitende Partnerschaft zu enthüllen.</p> <p>Der endgültige Rat sollte die Diskussion der Probleme der Agglomeration mit den Entscheidungsträgern und Fachleuten ermöglichen.</p> <p>Der Rat sollte in Zukunft regelmäßig organisiert werden.</p>
Mögliche Finanzierung	Beitrag der Mitglieder
Partner	Die Stadt Bratislava, die Länder Burgenland und Niederösterreich, das Komitat Győr-Moson-Sopron, lokale Gemeinden im grenzüberschreitenden Ballungsraum, Vereine und Social-Media-Gruppen der Einwohner
Erwartete Ergebnisse	Organisation von vier Bürgerräten im Großraum

Bezeichnung der Maßnahme	A_4.1 Das Governance-Modell der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava
Spezifisches Ziel	SO_4 Schaffung des Governance-Rahmens für die trilaterale grenzübergreifende Metropolregion von Bratislava
Inhalt der Maßnahme	<p>Um eine harmonisierte Entwicklung des Ballungsraums zu gewährleisten, müssen die betroffenen Interessenträger eine gemeinsame Governance-Einrichtung schaffen. einrichten. Heute ist dies die Arbeitsgemeinschaft baum_cityregion. Ihre Expansion nach Ungarn wird Herausforderungen mit sich bringen, auf die die Governancestruktur reagieren sollte. Die Maßnahme kann je nach dem Rechtsrahmen und den Ambitionen der Gründer im Einklang mit den oben aufgeführten Grundsätzen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.</p> <p>Option_1 – Erweiterung der Arbeitsgemeinschaft</p> <p>Die einfachste Lösung ist die Erweiterung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft. Sie wird eine entsprechende Änderung der Gründungsvereinbarung, der Statuten und der Finanzvereinbarung erfordern. Die Struktur wird mit dem Komitat Győr-Moson-Sopron als Vollmitglied vervollständigt, das die gleichen Verantwortlichkeiten und Rechte wie die derzeitigen Mitglieder trägt und mit dem Gehalt eines ungarischen Teilzeitbeschäftigten zu den Kosten des gemeinsamen Büros beiträgt.</p> <p>Es wird jedoch empfohlen, eine ständige Konsultationsplattform zwischen dem Komitat und den lokalen Gemeinden einzurichten. Das Projekt Resilient Borders hat gezeigt, dass seitens der lokalen Bürgermeister ein Interesse an regelmäßigen Begegnungen besteht, die auch in der aktuellen Struktur fehlen. Wenn die Gründungsdokumente der Arbeitsgemeinschaft geändert werden, lohnt es sich, die Struktur zu überdenken und die lokalen Gemeinden in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, insbesondere im Interesse einer harmonisierten Raumentwicklung (einschließlich lokaler Bestimmungen). Sie müssen nicht im politischen Gremium vertreten sein, sollten aber in den Lenkungsausschuss eingeladen werden. Die betroffenen Gemeinden beider Seiten (Österreich und Ungarn) könnten dort einen Vertreter auf der Grundlage eines rotierenden Systems delegieren.</p> <p>NB! Es lohnt sich, die Einbeziehung der Selbstverwaltungsregion Bratislava in Betracht zu ziehen.</p>

Abbildung 13 – Neue Governance-Struktur des grenzüberschreitenden Ballungsraums Bratislava – Option 1: Die Arbeitsgemeinschaft



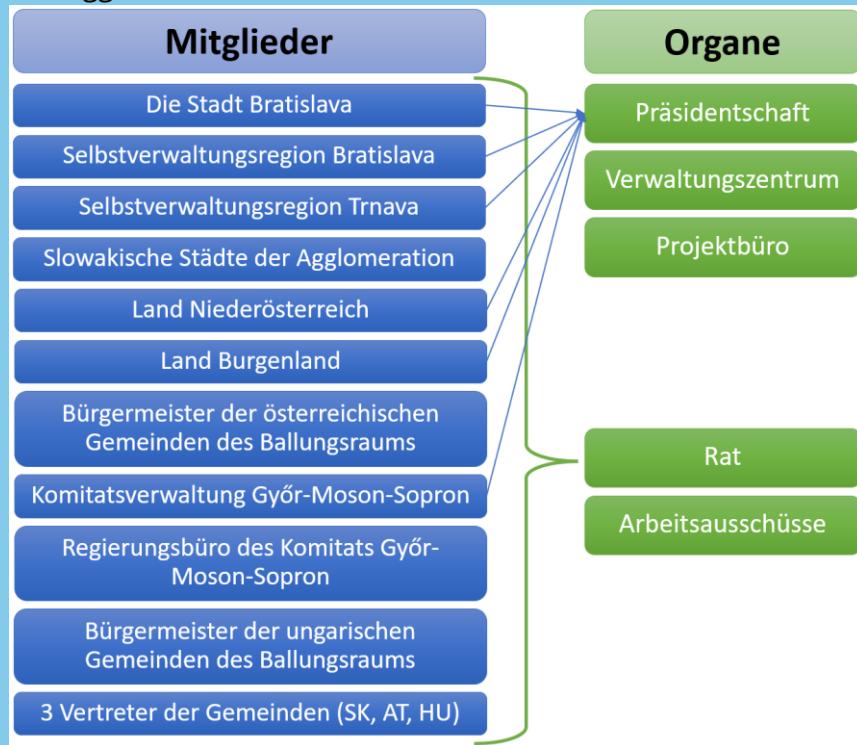
Diese Lösung hat mehrere Vorteile. Erstens erfordert es nicht die Schaffung einer neuen Struktur: Die bestehende Arbeitsgemeinschaft verfügt über eigene Gründungsdokumente und interne Verfahren, die einfach geändert werden können. Auf diese Weise behält die Struktur ihren einfachen Charakter und vermeidet komplizierte Entscheidungsregeln. Durch ihre Erweiterung durch die Delegierten der lokalen Ebene wird sie in die Lage versetzt, das gesamte grenzüberschreitende Gebiet, einschließlich der am stärksten betroffenen Gebietskörperschaften, zu vertreten. Das Koordinationsbüro wird um einen weiteren Teilzeitbeschäftigte ergänzt. Gleichzeitig wird es der erweiterten Organisation immer noch an Zuständigkeiten für öffentliche Dienstleistungen in Ungarn fehlen (wo diese Zuständigkeiten den nationalen Behörden gehören), die Partner können den Zugang zu Daten nicht garantieren, und ihre finanziellen Bedingungen werden eher bescheiden bleiben (was die Umsetzung des Großteils der im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen behindern wird). Das gesamte Gebiet des grenzüberschreitenden Ballungsraums wird allerdings aufgrund des Fehlens von slowakischen Orten und Regionen des Ballungsraums nicht durch diese Lösung vertreten sein. Die Beispiele von Basel und Greater Copenhagen zeigen, dass es einfacher ist, die Probleme eines Ballungsraums zu lösen, wenn die zuständigen Gebietskörperschaften Mitglieder der Struktur sind. Schließlich ist es notwendig, die Bewohner der suburbanen Region einzubeziehen, die Beziehung zu Wien und der Stadt Győr zu definieren und die Kommunikationskanäle

und die regionale Marke zu schaffen, die weitere Mechanismen erfordern.

Option_2 – Der Rat des Großraums Bratislava (“Agglomerationsrat”)

Die zweite Option kann die Unvollkommenheiten der Option_1 teilweise kompensieren. Das Konzept des Rates des Großraums Bratislava konzentriert sich auf die gesamte Agglomeration. In diesem Fall handelt es sich nicht um eine bloße Koordinierungsstelle, sondern um eine Einrichtung, die die Herausforderungen des Ballungsraums bewältigen soll. Zu diesem Zweck müssen die Organe, die über die Zuständigkeiten verfügen, in die Struktur einbezogen werden. Die Rechtsform des Rates kann die Arbeitsgemeinschaft (ohne juristische Person) oder eine Vereinigung auf der Grundlage des slowakischen Privatrechts sein. Im ersten Fall können die Managementaufgaben von einem gemeinnützigen Unternehmen übernommen werden (dies ist das Modell des Budapest Agglomeration Development Council). Die letztgenannte Lösung ähnelt der von Basel.

Abbildung 14 – Neue Governance-Struktur des grenzüberschreitenden Ballungsraums Bratislava – Option 2: Der Agglomerationsrat



Der Hauptvorteil der zweiten Option besteht darin, dass alle von den Suburbanisierungstendenzen betroffenen Akteure einbezogen werden und über die Zuständigkeiten für eine harmonisierte Raumplanung und -entwicklung, einschließlich der Erbringung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen, verfügen. Diese Einstellung macht die Struktur effektiver und ermöglicht die Entwicklung einer echten grenzüberschreitenden Marke rund um Bratislava, die eine bessere Sichtbarkeit auf der internationalen Bühne mit sich bringt und die Identifizierung erleichtert. Der Großraum Bratislava kann ein grenzüberschreitender Akteur innerhalb der EU werden, der international anerkannt ist wie Kopenhagen oder Straßburg.

Der Nachteil des zweiten Modells ist seine Struktur, die komplizierter ist als die erste Option, gepaart mit einem ausfeilternen Satz von Zuständigkeiten und Verwaltungsverfahren. Die Arbeit des Rates ist kostspieliger (das Personal ist größer), aber die finanziellen Belastungen werden auf mehr Einheiten verteilt.

Die Trennung zwischen dem Verwaltungszentrum und dem Projektbüro (das eine unabhängige juristische Person sein kann) ermöglicht aktive Projektentwicklungs- und Managementtätigkeiten, die die Verwaltungskapazitäten nicht belasten.

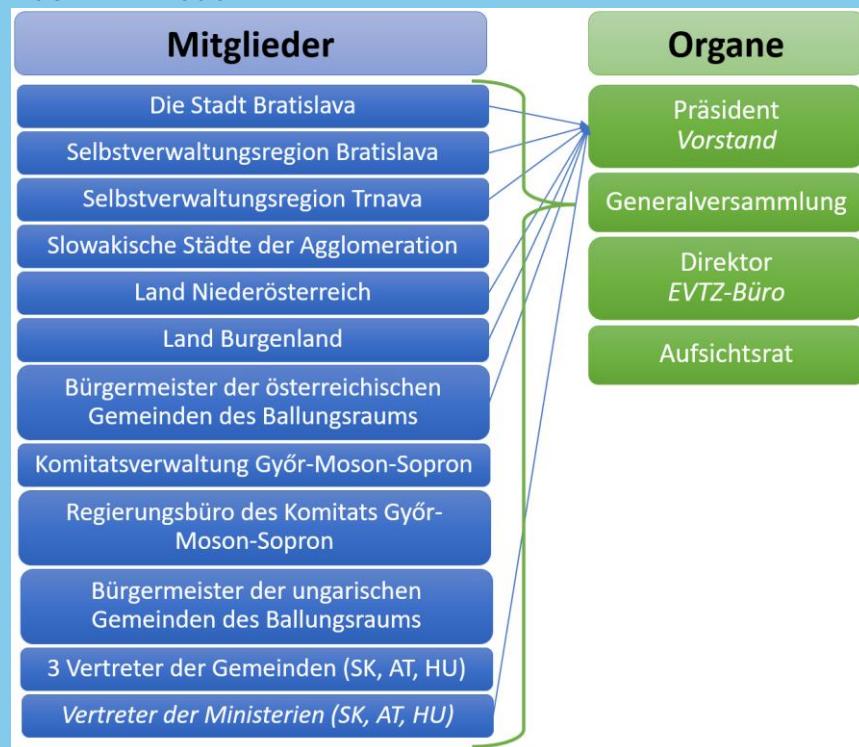
Die zweite Option erfordert die Schaffung einer neuen und komplexen Struktur, die einen langen Verhandlungs- und Interessenharmonisierungsprozess voraussetzt, auch wenn das Ergebnis eine Organisation ist, die stabiler und effizienter ist als die erste Version.

Option_3 – Der EVTZ Bratislava

Die dritte Option kann eine vereinfachte Nachbildung des Rates innerhalb eines EVTZ sein.

Der EVTZ hat gegenüber jeder anderen Struktur einen Vorteil: Es kann die Regierungsebene einbeziehen. Dieser Aspekt kann die Diskrepanzen ausgleichen, die sich aus den verschiedenen Verwaltungssystemen ergeben. Österreich ist ein Bundesstaat, in dem die Länder in vielen Bereichen über Autonomie und Kompetenzen verfügen. Diese Autonomie fehlt den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Slowakei und Ungarn; Sie ist im Besitz der nationalen Institutionen.

Abbildung 15 – Neue Governance-Struktur des grenzüberschreitenden Ballungsraums Bratislava – Option 3: Das EVTZ-Modell



Ein EVTZ ist eine unabhängige juristische Person, die im Rahmen der Zuständigkeiten ihrer Mitglieder Eingriffe durchführen und öffentliche Dienstleistungen auch über die Staatsgrenzen hinaus verwalten kann, was die Initiative äußerst effektiv macht. Der EVTZ kann den Ballungsraum mit entsprechender Genehmigung vertreten (Sichtbarkeit, einfache Identifizierung). Sie kann ein separates Interreg-CBC-Programm verwalten, das das Gebiet des trilateralen Ballungsraums abdeckt. Dank dieser Faktoren kann der Verbund im Interesse der gesamten Agglomeration Investitionen in den drei Ländern realisieren.

Gleichzeitig kann das Modell die Veränderungen auf nationaler Ebene (Fluktuation der Beamten, Änderung der Zuständigkeiten der Ministerien usw.) kaum bewältigen, was seine Funktionsweise lähmen kann, wenn die nationalen Behörden Mitglied des Verbunds sind. Da es sich bei dem EVTZ um eine juristische Person handelt, werden komplexe Verfahren eingeführt, und er muss ein größeres Bündel von Rechtsvorschriften einhalten als eine einfache Einrichtung ohne Rechtsstatus.

Die Maßnahme umfasst die Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Einrichtung der neuen Struktur. Die nächsten Schritte wurden während der Sitzung der Lenkungsgruppe am 9. September 2025 in Bratislava festgelegt. Die Teilnehmer einigten sich auf eine schrittweise Strategie zur Erweiterung der derzeitigen Struktur, die gerade von den slowakischen und österreichischen Partnern aufgebaut wird. Die Entscheidung für das zweite oder dritte Modell würde einen langen Verhandlungsprozess mit vielen neuen Akteuren und die Konzeption einer völlig neuen Organisation in der Gründungs- und Startphase der Arbeitsgemeinschaft erfordern. Eine schrittweise Erweiterung hingegen gewährleistet eine sorgfältige Konzeption, belastet die derzeitigen Mitglieder weniger und ermöglicht einen sicheren Lernprozess für das neue Mitglied.

Dementsprechend wird die Komitatsverwaltung Győr-Moson-Sopron der Arbeitsgemeinschaft baum_cityregion mit Beobachterstatus beitreten, wenn das politische Gremium der Arbeitsgemeinschaft diesen Vorschlag auf seiner Sitzung am 12. November 2025 genehmigt. Bei einer positiven Entscheidung können die Vertreter des ungarischen Partners ab Dezember 2025 an den Sitzungen des Lenkungsausschusses teilnehmen. Der Beobachterstatus ermöglicht es dem neuen Mitglied, sich mit der Arbeitsgemeinschaft, ihren internen Regeln, Aktivitäten und Mitgliedern vertraut zu machen sowie potenzielle weitere (ungarische) Mitglieder (z. B. das Regierungsbüro von Győr) für die Zusammenarbeit zu gewinnen. Die Erweiterung der Struktur sollte gleichzeitig unter Einbeziehung aller neuen Mitglieder erfolgen, anstatt durch kontinuierliche Änderungen in der Mitgliedschaft wiederkehrende administrative Probleme zu verursachen. Der größte Schwachpunkt dieser Lösung besteht darin, dass das neue Mitglied keinen finanziellen Beitrag zu den Betriebskosten (z. B. Dolmetschen in drei Sprachen) leisten wird. Gleichzeitig ist die Komitatsverwaltung Győr-Moson-Sopron bereit, sich an gemeinsamen Projekten zu beteiligen. Die Teilnehmer waren sich auch einig, dass eine Plattform erforderlich ist, auf der die lokalen Gemeinden ihre Interessen vertreten, ihre Probleme teilen und ihre Erfahrungen austauschen können. Die Relevanz einer solchen Plattform wird durch die Tatsache gerechtfertigt, dass die Herausforderungen, auf die reagiert werden muss, auf lokaler Ebene auftreten. Gleichzeitig sollte die Plattform nicht zu den offiziellen Gremien gezählt werden, da die besonderen

	<p>Interessen der Gemeinden nicht immer mit den strategischen Zielen der Zusammenarbeit in Einklang stehen. Die Bürgermeisterplattform sollte parallel zur Arbeitsgemeinschaft tätig sein, deren Organe regelmäßig über die Ergebnisse der Plattformtreffen informiert werden sollten. Der Betrieb der vorgeschlagenen Plattform erfordert Kapazitäten (Organisation, inhaltliche Vorbereitung, Logistik, Dokumentation usw.) seitens der Arbeitsgemeinschaft.</p> <p>Die zuständigen nationalen Behörden (z. B. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr usw.) sollten ebenfalls über die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen einbezogen werden. Ihre Einbeziehung in die Verwaltungsstruktur würde zu einem hohen Verwaltungsaufwand und dauerhaften Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung führen. Darüber hinaus gilt: Je größer die Struktur, desto komplizierter ihre Funktionsweise. Folglich sollten die Kommunikationsplattformen mit den Behörden eher locker gestaltet sein.</p> <p>In einem nächsten Schritt könnte sich die Selbstverwaltungsregion Bratislava der Struktur anschließen, da sie über Kompetenzen im Bereich der territorialen Entwicklung verfügt und am stärksten von den Tendenzen zur Suburbanisierung und Zersiedelung rund um die slowakische Hauptstadt betroffen ist.</p>
Mögliche Finanzierung	Eigenmittel der Gründungsmitglieder
Partner	Abhängig von der gewählten Lösung.
Erwartete Ergebnisse	Die neue Verwaltungsstruktur der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava

Zeitplan und Synergien der Maßnahmen

Die verschiedenen Maßnahmen passen in unterschiedliche Zeitrahmen (kurz-, mittel- und langfristig) und weisen Synergien und Wechselwirkungen auf.

Abbildung 15 – Zeitrahmen des Aktionsplans

Kurzfristig	Mittelfristig	Langfristig
GOVERNANCE		
A_4.1 Das Governance-Modell der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava		
1. Phase: Erweiterung	2. Phase: Rat	3. Phase: EVTZ
A_1.3 Einrichtung einer grenzüberschreitenden Planungsplattform	A_2.4 Bildungsforum der grenzüberschreitenden Metropolregion Bratislava	A_3.1 Der Mikroprojektfonds des Großraums von Bratislava
PLANUNG		
A_1.1 Grenzüberschreitende Datenbank der Metropolregion von Bratislava	A_2.1 Integrierter Verkehrs-Masterplan der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava	
A_1.2 Integrierte räumliche Perspektive für die grenzüberschreitende Metropolregion von Bratislava		
ENTWICKLUNG DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES		
A_2.5 Mehrsprachigkeit im Grenzgebiet	A_2.2 Integriertes Tarifsystem der grenzüberschreitenden Metropolregion von Bratislava	A_2.3 Grenzüberschreitende Integration von Gesundheitsdienstleistungen rund um Bratislava

Die Entwicklung der Governance-Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Ballungsraum wird sich über drei Phasen erstrecken.

- (1) **In der ersten Phase (kurzfristig)** wird die derzeitige Arbeitsgemeinschaft um die Komitatsverwaltung Győr-Moson-Sopron und möglicherweise um die Selbstverwaltungsregion Bratislava erweitert. Parallel dazu werden die Bürgermeisterplattform und die Foren zur Förderung der Entwicklung grenzüberschreitender öffentlicher Dienstleistungen (unter Einbeziehung von Vertretern der nationalen Behörden) eingerichtet. Um eine integrierte Planung zu gewährleisten, wird in der ersten Phase auch die Planungsplattform eingerichtet, an der die Delegierten der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und externe Experten beteiligt sind. Diese Plattform wird die Gestaltung der integrierten Raumplanung für den grenzüberschreitenden

Ballungsraum (in der ersten Phase) und des Verkehrsentwicklungsplans (in der zweiten Phase) ermöglichen. Die Ausarbeitung dieser beiden Pläne setzt den Zugang zu territorialen und statistischen Daten über das Gebiet und die grenzüberschreitenden Ströme voraus. Folglich wird das erste Projekt, das umgesetzt wird, auf die Erhebung und Verarbeitung von Daten abzielen, um die räumlichen Dynamiken und Trends im Dreiländereck aufzuzeigen. Um eine fundierte räumliche Perspektive zu gewährleisten, sollten die von der grenzüberschreitenden Ausdehnung des suburbanen Gebiets betroffenen Bürger über den Bürgerrat in den Planungsprozess einbezogen werden.

Um die grenzüberschreitende Integration des Ballungsraums zu fördern, sollte auch mit der Umsetzung der Maßnahmen zur Förderung der Mehrsprachigkeit begonnen werden.

(2) **In der zweiten Phase (mittelfristig)** kann auf der Grundlage der räumlichen Perspektive (des Strategiepapieres) eine neue Governance-Lösung, d. h. ein Agglomerationsrat, geschaffen werden. Die räumliche Perspektive sollte die Art und Weise der Einrichtung und die Struktur des Rates erörtern, die nicht dem Modell Nr. 2 des Aktionsplans folgen muss. Wichtiger ist die Zweckmäßigkeit des Rates, und der Zweck sollte im Strategiepapier festgelegt werden.

Die neue Struktur wird die Voraussetzungen für die Einrichtung des Bildungsforums schaffen, das den Weg für ein zwei- oder dreisprachiges Bildungssystem im Grenzgebiet ebnen kann.

Um die Bedingungen für die grenzüberschreitende Mobilität zu verbessern, wird im Einklang mit den lokalen Verkehrsplänen von Bratislava ein grenzüberschreitender Verkehrsmasterplan entworfen und ein integriertes Tarifsystem eingeführt.

(3) **In der dritten Phase (langfristig)** wird ein EVTZ die bisherigen Modelle ersetzen (oder ergänzen). Das Verwaltungsorgan mit eigener Rechtspersönlichkeit wird in der Lage sein, sogar ein grenzüberschreitendes Kooperationsprogramm (Interreg) mit einem für das Dreiländereck bestimmten Budget zu verwalten. Ist dieses Ziel nicht erreichbar, kann ein solcher Verbund dennoch einen kleinen Projektfonds verwalten (einschließlich der Programmplanung, der Einrichtung und des Betriebs der Verwaltungsorgane, der Veröffentlichung der Aufforderungen, der Bewertung der Projekte, der Vertragsabschlüsse mit den ausgewählten Projektpartnern und der Überwachung der Durchführung der Projekte).

In Übereinstimmung mit der EU-Verordnung ist ein EVTZ auch befugt, öffentliche Dienstleistungen wie öffentlichen Verkehr, Bildung oder Gesundheit zu erbringen. Das grenzüberschreitende integrierte Gesundheitssystem kann von dem geplanten Verbund verwaltet werden, oder es kann zu diesem Zweck ein anderer Verbund gegründet werden.

Der genaue Zeitpunkt für die Umsetzung des Aktionsplans kann noch nicht festgelegt werden. Die äußeren Bedingungen ändern sich ständig, was ein gewisses Maß an Flexibilität bei der Gestaltung der Maßnahmen erfordert. Es sind die Entscheidungsgremien der Arbeitsgemeinschaft, die über die jährlichen Arbeitsprogramme über die Prioritäten und die Reihenfolge der Maßnahmen entscheiden können. Die Durchführung der Maßnahmen hängt auch von den verfügbaren Mitteln und den finanziellen Bedingungen ab.

Mit der Verabschiedung des Aktionsplans legt das Politische Gremium die Rahmenbedingungen für künftige Maßnahmen fest. Anschließend ist es Aufgabe des Lenkungsausschusses, der kooperierenden Behörden und des Koordinationsbüros, die Pläne in die Tat umzusetzen.

Literatur

- Balizs, D., & Bajmóczi, P. (2018). Szuburbanizáció a határon át: társadalmi, etnikai és arculati változások Rajkán: Rajka: The “Hungarian suburb” of Bratislava. *Tér és Társadalom*, 32(3), 54-75.
- CDV (2015). *Územný generel dopravy hl. mesta SR Bratislavu. Analytická časť a Návrhová časť*. Bratislava: Centrum dopravního výzkumu, v.v.i.
- CESCI (2021). A koronavírus hatásai a határrezsimre. Értékelő elemzés a magyarországi határrezsim változásáról 2020 márciusa és 2021 augusztusa között. Budapest: CESCI.
- CESCI (2024). #ACCESS. Podpora právnej dostupnosti na slovensko-maďarskej hranici. Bratislavská referenčná skupina. Podkladový materiál. Budapest: CESCI.
- Dillinger, T. (2004). Facing suburbanisation in the area of Bratislava: The border between Austria and the Slovak Republic. *Urbani izziv*, 15(2), 121-124.
- ESPON (2010). METRO BORDER. Cross-Border Polycentric Metropolitan Regions. Targeted Analysis. Final Report. ESPON & University of Luxembourg.
- Farkas, R., & Klobučník, M. (2021). Residential suburbanisation in the hinterland of Bratislava – a case study of municipalities in the Austrian border area. *Hungarian Geographical Bulletin*, 70, 311-323.
- Hardi, T., Nárai, M., & Uszkai, A. (2023). The Impact of Covid-19 on life in a Cross-Border Agglomeration of Bratislava. *Deturope – The Central European Journal of Regional Development and Tourism*, 15(2), 129-153.
- Husár, M. & Ondrejička, V. (2017). *Smart Twins Bratislava and Vienna strategy*. Conference Paper. DOI: 10.4108/eai.14-2-2017.152418
- Jaššo, M. (2007). *Competition and Cooperation of the Cities: Vienna-Bratislava Metropolitan Region*. 2nd Central European Conference in Regional Science – CERS.
- Kézai, K. P., Dömötör, M., & Fekete, D. (2022). Sustainable and Innovative Cross-Border Regional Development with Focus on Tourism in the Danube Basin—A Case-Study of Szigetköz and Csallóköz (Žitný Ostrov). *Sustainability*, 14, 7037. <https://doi.org/10.3390/su14127037>
- Mariš, M. (2020). Municipal changes in Slovakia. The evidence from spatial data. *European Journal of Geography*, 11(1), 058-072.

Meyfroidt, A. (2016): Non-profit housing, a tool for metropolitan cohesion? The case of the Vienna–Bratislava region, *Urban Research & Practice*, DOI: 10.1080/17535069.2016.1253111

MIB (2022). Bratislava 2030. Program rozvoja mesta 2022 – 2030. Strategická časť. Bratislava: Metropolitný inštitút Bratislavы.

Michniak, D. (2020). Transport-related problems of Bratislava city and its suburban region. *Przegląd Geograficzny*, 92(2), 213-226.

MOT (2021). Rapport. Modèles de gouvernance des agglomérations transfrontalières françaises. Paris: Mission Opérationnelle Transfrontalière.

Ondrejička, V. et al. (2021). Expert insight into the spatial aspects and challenges facing metropolitan regions in Central Europe – Case study Bratislava region. *IOP Conf. Ser.: Mater. Sci. Eng.* 1203 022088.

Patti, D. (2016). Metropolitan Governance in the Peri-Urban Landscape: The Tower of Babel? The Case of the Vienna–Bratislava Metropolitan Region. *Planning Practice & Research*.

Slavík, V., Grác, R., Klobučník, M., & Kohútová, K. (2011). Development of suburbanization of Slovakia on the example of the Bratislava region. In T. Marszał (Ed.), *Urban Regions as Engines of Development* (pp. 35-58). Polish Academy of Sciences.

Šveda, M., Barlík, P., & Podolák, P. (2019). Koľko ľudí býva v zázemí Bratislavы? Odhad populačnej veľkosti obcí v zázemí Bratislavы s využitím lokalizačných údajov mobilnej siete. In M. Šveda, & P. Šuška (Ed.), *Suburbanizácia: Ako sa mení zázemie Bratislavы* (pp. 184-205). Geografický ústav SAV.

Šveda, M., Štefkovičová, P., & Tolmáči, L. (2020). Do Rajky alebo do Kittsee? Rozdielne prostredie cezhraničnej suburbanizácie. In M. Šveda & P. Šuška (Ed.), *SuburbAnizácia 2: sondy do premien zázemia Bratislavы* (pp. 221-241). Geografický ústav SAV.

Výbošťok, J., & Štekovičová, P. (2023). Housing affordability, quality of life, and residential satisfaction in the Austrian cross-border suburban region of Bratislava, Slovakia. *Moravian Geographical Reports*, 31(1), 2-13. doi: <https://doi.org/10.2478/mgr-2023-0001>